

LTW 2022

Wahlprogramm

Gemeinsam Zukunft gestalten



**FREIE
WÄHLER**

Saarland

www.freie-waehler-saar.de

WAHLPROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL 2022

FREIE WÄHLER Saarland – Gemeinsam Zukunft gestalten

Wir FREIEN WÄHLER sehen die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt unserer Politik. Wir kümmern uns um die Probleme und Sorgen der Menschen vor Ort und sind entschlossen, unserem Saarland eine bessere und aussichtsreichere Zukunft zu ermöglichen. Wir treten zur Landtagswahl an, um ohne Parteiideologie im Interesse aller Menschen im Saarland eine sachbezogene und lösungsorientierte Politik zu gestalten. Wir wollen Alternativen aufzeigen und der Landespolitik neue Orientierung geben.

Wir FREIE WÄHLER sind Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, die politische Verantwortung zum Wohle der Menschen in unserem Land übernehmen wollen. Wir wollen die Bürger stärker in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen und die direkte Demokratie stärken.

Wir wollen eine Bürgergesellschaft, die sich in Freiheit entfalten kann, in der der Zusammenhalt unter den Menschen wieder wächst und in der unsere Werte wie Solidarität, Toleranz und Weltoffenheit gestärkt werden. Wir wollen Bewährtes erhalten und mit den Anforderungen der modernen Gesellschaft in einer globalisierten Welt vereinen.

Unsere Politik stellt den Menschen und dessen Wohl in den Mittelpunkt. Durch unsere starke kommunale Verwurzelung können wir unsere, über Jahre gesammelten Erfahrungen aus Rathäusern und Kommunalparlamenten einbringen. Wir FREIE WÄHLER sind deutschlandweit eine wichtige kommunale Kraft und bereits in den Landtagen Bayern (mit Regierungsbeteiligung), Brandenburg und Rheinland-Pfalz sowie im Europäischen Parlament vertreten. Um das gesellschaftliche Zusammenleben im Saarland zukunftsfähig zu gestalten, schaffen wir Rahmenbedingungen, die jedem Einzelnen die faire Chance bieten, sein Leben in Eigenverantwortung und nach seinen Wünschen zu führen. Ein Leben in Sicherheit und Freiheit sowie das Streben nach Wohlstand und Glück sind Grundbedürfnisse der Menschen und damit Auftrag unserer Politik.

Mit unserem Programm wollen wir dies verwirklichen und treten an zur
Landtagswahl am 27. März 2022.

Inhalt

1. Gesunde Finanzen für das Saarland	5
1.1. Kommunen finanziell entlasten!.....	5
1.2. Umlagesystem der Gemeindesteuern reformieren!	6
2. Beste Bildung für das Saarland	6
2.1. Personelle und materielle Stärkung der Schulen und Kitas!	7
2.2. Bildungsangebote verbessern für bestmögliche Chancen im Leben!	8
2.3. KiTa-Angebot und Ganztagsschulangebot ausbauen!.....	9
3. Maßnahmen gegen Vollzugsdefizit	9
3.1. Personelle und materielle Stärkung der Polizei	9
3.2. Personelle und materielle Stärkung der Justiz	10
4. Flüchtlinge und Asylbewerber.....	11
5. Förderung der ländlichen Strukturen.....	12
5.1. Chancengleichheit schaffen	13
5.2. Erhalt wohnortnaher Schulen und Kindergärten	13
5.3. Verbesserte Anbindung an den ÖPNV	13
5.4. Digitalisierung voranbringen.....	13
5.5. Gesunde Land- und Forstwirtschaft.....	14
5.6. Wohnortnahe und flächendeckende medizinische Versorgung	14
5.7. Selbstbestimmtes Leben – auch im hohen Alter	14
6. Funktionierende Verkehrswege und Infrastruktur.....	14
6.1. Schnelles Breitband als Pflichtaufgabe des Landes!	15
6.2. Verkehrsinfrastruktur	15
6.2.1. Rettungsschirm für unsere Straßen und Brücken!	15
6.2.2. Abschaffung von Straßen- und Gehweg-Ausbaubeiträgen	16
6.2.3. Ausbau der Nordsaarlandstraße.....	16
6.2.4. Ausbau B41	17
6.2.5. Kapazitätsanpassung im saarländischen Autobahnnetz	18
6.3. Wohnen und Wohneigentum	18
7. Mobilität verbessern.....	19
7.1. Öffentlicher Personenverkehr.....	19
7.1.1. ÖPNV	19
7.1.2. Schienenfernverkehr	20
7.2. Antriebe der Zukunft.....	20
7.3. Verlagerung des Güterverkehrs	20
7.4. Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken.....	20
7.5. Kein generelles Tempolimit auf Autobahnen.....	21
7.6. Luft- und Lärmbelastungen.....	21

7.7.	Privatisierung unserer Verkehrsinfrastruktur stoppen.....	21
7.8.	Trennen der Infrastruktur und des Betriebs des Schienenverkehrs	21
8.	Modernes Gesundheitswesen	22
8.1.	Ärztmangel stoppen – wohnortnahe Gesundheitsversorgung erhalten	22
8.2.	Reduzierung/Entlastung von Bürokratie im Gesundheitswesen	24
8.3.	Suchtprävention und -behandlung	24
	Suchtprävention	24
	Entkriminalisierung von Drogenkonsum.....	25
	Hilfsangebote	25
9.	Verlässliche Energiepolitik für Saarland – Energiewende gestalten.....	25
9.1.	Ausbau der dezentralen Energiegewinnung!.....	26
9.2.	Ausbau und Förderung von Energie-Speicher-Technologien!	27
9.3.	Elektromobilität voranbringen!.....	27
10.	Unsere Heimat Saarland.....	28
10.1.	Kultur und Brauchtum aktiv fördern!.....	28
10.2.	Anerkennung ehrenamtlichen Engagement	28
10.3.	Schöpfung bewahren und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen!.....	28
10.4.	Kein „Fracking“ im Saarland!.....	29
10.5.	Keine Privatisierung unseres Trinkwassers!.....	29
10.6.	Effiziente Mülltrennungen nach dem „Trierer Modell“!.....	30
10.7.	Für eine gesunde Land- und Forstwirtschaft und eine Stärkung des Weinbaus!	30
11.	Mehr Bürgerbeteiligung, direkte Demokratie stärken	31
12.	Digitalisierung – das Saarland wird smart	32
12.1.	Kommunikation und Digitalisierung.....	32
12.2.	Digitalisierte Stadt (Smart City)	33
12.3.	Digitalisierte Dörfer (Smart Villages).....	33
12.4.	Digitalisierung der Justiz.....	33
12.5.	Digitalisierung und Breitbandausbau.....	33
12.6.	Gigabit-Offensive	34
12.7.	Schnelles Internet für jeden Haushalt.....	34
13.	Leistungsfähige Verwaltung	34

1. Gesunde Finanzen für das Saarland

Laut den Daten des statistischen Bundesamtes lagen die Gesamtschulden des Saarlandes Mitte 2021 bei unglaublichen 17,62 Milliarden Euro. Wenngleich der Saarlandpakt leichte Entlastung brachte, bleibt das grundsätzliche Schuldenproblem des Landes bestehen, weil mit dieser Hilfe keine Altlasten-Regelung einhergeht. Bezogen auf die Einwohnerzahl wies Sachsen mit 1.244 Euro, gefolgt von Bayern mit 1.359 Euro die niedrigste, das Saarland mit 14.737 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer aus, das sind knapp 12-mal so viel wie der Spitzenreiter! Zudem trägt das Saarland hinsichtlich der extrem hohen Verschuldung ein überproportional hohes Risiko hinsichtlich steigender Zinsen am Kapitalmarkt ... und seit Jahren steigt die Verschuldung trotz historisch günstiger Zinslage und steigenden Einnahmen kontinuierlich an.

Die Folge dieser Schuldenpolitik bekommen die Kommunen zu spüren: Mit steigendem Anteil der jährlichen Aufwendungen des Landes zur Zahlung des Schuldendienstes entfällt die Möglichkeit, die Kommunen finanziell angemessen zu unterstützen. In der Folge werden den Kommunen die Spielräume für eigene Investitionen und Gestaltung immer weiter eingeschränkt, weil immer mehr Aufgaben von Bund und Land ohne entsprechende Finanzierung auf die Kommunen übertragen werden. Auch die steigenden Kosten im gesamten Sozialbereich treffen sie in voller Härte und ohne die Möglichkeit, sich zu entlasten. In der Folge nimmt diese finanzielle Lage der Kommunen immer bedrohlichere Ausmaße an - trotz harten Sparkurses der Verwaltungen: Gebühren werden erhöht, Theater und Schwimmbäder geschlossen, öffentliches Eigentum veräußert, freiwillige Leistungen eingefroren. Diese verfehlte Politik bekommt der einzelne Bürger über Leistungseinschränkungen und Beitragserhöhungen zu spüren.

Wir FREIEN WÄHLER wollen im Landtag dafür sorgen, dass diese Schuldenpolitik beendet wird, um den einzelnen Kommunen wieder mehr finanzielle Handlungsspielräume zu verschaffen. Die FREIEN WÄHLER haben seit Bestehen des Landes in vielen Gemeinden, Kreisen und Städten den sparsamen und überlegten Umgang mit öffentlichen Geldern praktisch bewiesen.

1.1. Kommunen finanziell entlasten!

Wir werden uns auch im Landtag für einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln einsetzen. Dort wird unsere besondere Aufmerksamkeit auf einer deutlich verbesserten Finanzausstattung der Kommunen liegen.

Das wollen wir für Sie erreichen:

- eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs mit dem Ziel, den Kommunen auch tatsächlich eine angemessene Finanzausstattung zu sichern!
- den Verbleib eines größeren Teils der aus dem gesamten Steueraufkommen resultierenden Einnahmen des Landes in den Kommunen!
- die strenge Einhaltung des Konnexitätsprinzips auf allen staatlichen Ebenen: Bund und Länder dürfen keine Normen setzen, die die Kommunen zu höheren Ausgaben zwingen, wenn sie diese Zusatzausgaben jedoch nicht angemessen ersetzen.
- die Entlastung der Städte und Gemeinden durch eine faire Verteilung der Sozialkosten auf Bund, Länder und Kommunen durch ein Bundesleistungsgesetz.
- ein striktes Handeln des Landes nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Prestigeprojekte müssen der Vergangenheit angehören. Der Staat als Unternehmer oder Finanzier gehört nicht zu den Zielvorstellungen der FREIEN WÄHLER.
- die Beschränkung des Landes auf die Kernaufgaben staatlicher Verwaltung und der Daseinsvorsorge. Die Bedienung von Lobbyisten- und Sonderinteressen ist nicht unser Anliegen.

1.2. Umlagesystem der Gemeindesteuern reformieren!

Um Transparenz in Steueraufkommen und -verbrauch zu bringen und um den Bürger damit sichtbar zu machen, wo seine kommunalen Steuern zu welchen Leistungen führen, sollte das Umlagesystem der Gemeindesteuern umgestellt werden. Wir FREIEN WÄHLER fordern ein eigenes Heberecht auf die Grundsteuer bzw. Gewerbesteuer (evtl. auch Anteile der Einkommensteuer) für jede kommunale Ebene – also für die Gemeinden, die Verbandsgemeinde, die Kreise. Damit wird die Intransparenz der Verbandsgemeindeumlage und der Kreisumlage aufgehoben und Verantwortung mit Steuerheberecht verbunden.

2. Beste Bildung für das Saarland

Bildung ist die Grundlage einer modernen Gesellschaft und ermöglicht den Zugang zu Arbeit, Wohlstand und Selbstbestimmung. Sie schützt vor politischer Bevormundung und ist die Grundlage für die Wirtschaftskraft unseres Landes. Wissen ist der einzige Rohstoff, der sich stetig vermehren lässt und bildet dabei eine der zentralen Ressourcen in unserem Land. Daher sind neben der schulischen Bildung auch berufliche und akademische Aus- und Weiterbildung wichtiger denn je. Trotzdem liegt das Saarland im Ländervergleich der Bildungsausgaben auf dem letzten Platz. Im Jahr 2020 lag der Anteil der Bildungsausgaben am öffentlichen Gesamtaushalt (für die kommunale und staatliche Ebene) zusammen bei durchschnittlich 26,5 %; das Saarland ist mit 23,6 % Schlusslicht. Wir FREIE WÄHLER setzen uns deshalb für ein optimales Bildungssystem mit größtmöglicher Chancengerechtigkeit ein und plädieren für eine Erhöhung der Bildungsausgaben auf min. 30 %. Unser Ziel: Chancen für Alle, unabhängig von der sozialen Herkunft. Wir FREIE WÄHLER sind der Überzeugung, dass ein gegliedertes Schulsystem bessere und spezifischere Fördermöglichkeiten für die individuellen Begabungen der Kinder bietet, als dies die Einheitsschule leisten kann. Damit jedes Kind auch tatsächlich seinen optimalen Bildungsweg gehen kann, soll die Bildungspartnerschaft zwischen Schule und Elternhaus sowie das Beratungsangebot an die Eltern und die Bedingungen für die individuelle Förderung deutlich verbessert werden.

Wir FREIEN WÄHLER wollen ein arbeitsmarktbezogenes und ein humanistisches Bildungsideal verbinden. Die Schule soll nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden. Die Entwicklung von Persönlichkeit, sozialer Kompetenz, Selbstwertgefühl und der Fähigkeit zum eigenständigen Handeln sind hierbei von elementarer Bedeutung. Wir wollen unseren Kindern eine kulturelle Heimat und klare ethische, moralische Maßstäbe für das Leben vermitteln. Werte als Basis machen stark. Unsere Gesellschaft braucht selbständig denkende, kritische aber auch engagierte junge Menschen, die bereit und in der Lage sind, Verantwortung für sich und die Gesellschaft zu übernehmen.

Wir setzen uns für den Erhalt der kleinen Schulen ein. Nach dem Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“ wollen wir allen Kindern eine wohnungsnaher Grundschule anbieten. Um dem individuellen Förderbedarf der Kinder gerecht zu werden, setzen wir auf kleinere Klassen und multiprofessionelle Teams von Lehrkräften, Sozialarbeitern, Erziehern und Psychologen.

Die Digitalisierung an den Schulen und Hochschulen muss vorangetrieben werden. Insbesondere ist es notwendig, dies besser zu strukturieren. Es macht z.B. wenig Sinn, Laptops für eine Schule anzuschaffen, solange das Netzwerk der Schule für eine solche Nutzung und Auslastung nicht ausreicht. Deshalb sollen in den nächsten fünf Jahren alle Schulen an das Gigabitnetz angeschlossen werden. Gleichzeitig sollten für alle Schüler schuleigene Mobilgeräte zum Lernen und Arbeiten zur Verfügung stehen. Hierzu sollten eigene IT-Stellen an den Ausbildungsstätten und Schulen ausgewiesen werden. Einen ausgebildeten Lehrer zum IT-Beauftragten zu ernennen genügt nicht und bindet Arbeitskraft an der falschen Stelle. Dabei sollte die Digitalisierung gerade im schulischen Bereich nicht als Selbstweck

verstanden werden, sondern kriteriengeleitet umgesetzt und digitale Technologien und Medien im Bildungskontext fortwährend auf ihre Wirkung evaluiert werden.

Die vergangenen zwei Jahre haben uns sehr deutlich vor Augen geführt, dass sowohl das Bildungssystem als auch die meisten Bildungseinrichtungen nicht zeitgemäß organisiert sind. Unterrichtsausfälle und nicht bedarfsgerechter Digitalunterricht haben bei vielen Kindern und Jugendlichen tiefe Spuren hinterlassen, insbesondere bei jenen, die es auch zuvor schon schwerer hatten. Punktuelle Unterstützung und Nachhilfe alleine werden nicht ausreichen, um die entstandenen Defizite zu beheben. Wir möchten betroffenen Kindern und Jugendlichen mit multiprofessionellen Teams bestehend u.a. aus Lehrkräften, Psychologen und Schulsozialarbeitern helfen, Defizite ausgleichen um die Chancengleichheit wieder herzustellen und die psychische Gesundheit unserer Kinder nachhaltig schützen.

2.1. Personelle und materielle Stärkung der Schulen und Kitas!

Die Bildungseinrichtungen von der Kindertagesstätte über die verschiedenen Schulen bis zu den Hochschulen müssen personell und materiell so ausgestattet werden, dass sie auch der Bildungs- und Erziehungsaufgabe gerecht werden können. Hier besteht im Saarland weiterhin Handlungsbedarf.

Wir FREIEN WÄHLER stehen deshalb für die schnellstmögliche Einstellung der erforderlichen Anzahl an qualifiziertem Betreuungs- und Lehrpersonal und die kontinuierliche Verbesserung im Bildungswesen, um so die Voraussetzungen für bestmögliche Ausbildung und Förderung unserer Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten. Nur so werden wir im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen und unseren Kindern eine Zukunft sichern können.

Auch bei der Umsetzung der Inklusion zeigen sich erhebliche Probleme: Statt die Schulklassen deutlich zu verkleinern und das pädagogische Personal um sonderpädagogisches, pflegerisches und psychologisches zu ergänzen, läuft das hiesige Inklusionsmodell auf das „Einpassen“ in das bestehende System bis an die Grenzen des Zumutbaren für alle Beteiligten hinaus. Inklusionsorientierte Bildungspolitik kostet Geld und verursacht Mehraufwendungen. Wir FREIEN WÄHLER fordern daher, dass entweder mehr Geld in den inklusionsbedingten Umbau des Regelschulsystems investiert wird, um den gestellten Aufgaben gerecht werden zu können, oder aber die Rückkehr zur Förderschule. Die Förderschulen zu schließen, ohne aber die nötigen Investitionen in das bestehende Regelschulsystem zu tätigen, ist auf Dauer zum Scheitern verurteilt und wird die mit der Inklusion verfolgten Ziele nicht erreichen können.

Wir FREIE WÄHLER fordern daher:

- Einstellung von mehr Lehrern, auch für den Vertretungsunterricht!
- Vertretungslehrer nicht als „Regellehrer“ einzusetzen – Vertretungslehrer sollen den regulären Lehrer vertreten und nicht ersetzen!
- gut ausgebildete Lehrer, keine „Aushilfskräfte“ - ohne echte Befähigung zum Lehramt!
- Umwandlung von Zeitverträgen in Daueranstellungen – „Ferienkündigungen“ abschaffen!
 - Einstellung von sonderpädagogischen, pflegerischen und psychologischen Integrationskräften, um die Inklusion überhaupt verwirklichen zu können.
 - Personal durch innovative Ansätze und höhere Wertschätzung gewinnen und binden.
 - Attraktivere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, monetäre und nicht-monetäre Anerkennung der Leistung und der Bedeutsamkeit frühkindlicher Pädagogik
 - gezielte Anwerbung von bislang vernachlässigten Gruppen (z.B. stärkerer Einbezug männlicher Erzieher)

- Keine Senkung des Leistungsniveaus (Anpassung der Standards nach unten) sondern Aufrechterhaltung der Standards und weiterer Ausbau, um im nationalen und internationalen Vergleich nicht abgeschlagen zu werden
- Lernlücken wissenschaftlich begleitet aufdecken und analysieren (systematische Lernleistungsdiagnostik), nicht nur, aber auch jene, die durch Homeschooling und andere Coronamaßnahmen entstanden sind.
- Gezielte Förderprogramme zur Schließung der Lernlücken sowie zur Förderung überdurchschnittlich leistungsfähiger Schüler umsetzen.

2.2. Bildungsangebote verbessern für bestmögliche Chancen im Leben!

Jedes Kind muss in der Schule ausreichend Deutsch sprechen, damit alle dem Unterricht folgen können. Wir FREIEN WÄHLER fordern eine verbindliche Vorschule mit dem Schwerpunkt der Spracherziehung. Eine Sprachförderung sollte auch den Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund ermöglicht werden, damit diese ihre Kinder erfolgreich begleiten und diese selbst Chancen zur Entfaltung erhalten. Wir wollen die wohnortnahe Grundschule erhalten. Wir wollen unsere Grundschüler durch kleinere Klassen, multiprofessionelle Teams und den Ausbau des Ganztagsangebots noch stärker und individueller fördern. Darüber hinaus wollen wir mit einem Beratungsangebot für alle Schüler die Voraussetzungen für eine begabungsgerechte Schulwahl verbessern. Kleinere Klassen und ein flächendeckendes Ganztagsangebot werden eine intensivere Förderung ermöglichen. Verstärkt wird vor allem die gezielte Förderung der Kernkompetenzen Deutsch, Naturwissenschaften wie Mathematik, Englisch sowie der Sozialkompetenz. Der Erhalt der humanistischen Fächer sowie die Vermittlung der alten Sprachen wie Latein an Schulen ist uns ebenfalls wichtig. Im Übrigen halten wir FREIE WÄHLER nichts davon, bildungspolitische Experimente auf den Rücken der Schüler und Lehrer auszutragen. Das heißt für uns: Keine Experimente und Zusammenlegungen von Schulformen ohne ausdrücklichen Nachweis, dass diese bildungspolitisch notwendig und effizient sind! Wir FREIEN WÄHLER stehen zum gegliederten Schulsystem und fordern:

- Lehrpläne, die sich auf Grund- und Allgemeinbildung konzentrieren.
- Eine bessere Strukturierung der Anforderungen in den Klassen 1-4, d.h. weg vom Prinzip „Schmusekurs“, hin zum Leistungsprinzip als Vorbereitung auf die weitere schulische Laufbahn und das Leben.
- Gezielte Unterstützung und Förderung sowohl der leistungsschwächsten als auch der leistungstärksten Schülerinnen und Schüler,
- Herstellung von Chancengerechtigkeit für Schülerinnen und Schüler unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht oder anderer Merkmale,
- die Förderung von Medienkompetenz und des kritischen Umgangs mit Informationskanälen (Fernseher, Zeitung, Internet, Politik); hierzu gehört auch eine Grundaufklärung über Quellen, Statistik, Manipulations- und Propagandatechniken
- die Förderung von Selbst-Organisation, Rhetorik, strukturiertem Arbeiten
- Rückkehr zu G9
- Festhalten am Prinzip des Fachunterrichts durch entsprechend ausgebildeter Lehrer
- Vorausschauendes Studienplatzangebot und gezielte Anwerbung von angehenden Lehrkräften für Mangelfächer
- begleitende Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte, die von gravierenden Veränderungen in Lehrplänen betroffen sind.
- Ausweitung und Verbesserung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im Bereich des adaptiven Unterrichtens und den digitalen Medien,
- Die Gewährleistung von Schwimmunterricht für jedes Kind

- Übergangsklassen für nicht Deutsch sprechende Kinder, um diese dort sprachlich auf die Regelklasse vorzubereiten.
- Erhalt von speziellen Förderschulen als Zusatzangebot zur Integration über Regelschulen.

2.3. KiTa-Angebot und Ganztagsschulangebot ausbauen!

Wir FREIE WÄHLER sind geprägt vom europäischen Welt- und Menschenbild. Die Gemeinschaft aus Eltern und Kindern verdient unseren besonderen Schutz. Sie gilt es als das Fundament unserer Gesellschaft besonders zu stärken. Wir wollen mit unserer Politik ein familienfreundliches Klima schaffen. Die Erziehung und Sorge für die heranwachsende Generation sind das Recht und die Pflicht der Eltern bzw. der Sorgeberechtigten. Der Staat soll Eltern und Sorgeberechtigte bei der Kindererziehung unterstützen, nicht ersetzen. Sie müssen im Rahmen der Gesetze frei über die Gestaltung ihres Familienlebens entscheiden können.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist unser erklärtes politisches Ziel. Wir FREIE WÄHLER wollen deshalb im Landtag dafür sorgen, dass das Betreuungsangebot für Kinder deutlich verbessert wird. Ohne ein ausreichendes Angebot an Betreuungsplätzen in Kitas und Ganztagschulen ist es für Eltern oft schwierig, die Bedürfnisse von Arbeit und Familie miteinander in Einklang zu bringen.

Wer die Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf ernst nimmt, der muss dafür Sorge tragen, dass eben diese Angebote ausgebaut werden.

Frühkindliche Bildung wirkt sich positiv auf die zukünftigen Bildungs- und Lernprozesse unserer Kinder aus und trägt maßgeblich dazu bei, Chancengleichheit zu schaffen. In den ersten Lebensjahren bis zum Grundschuleintritt wird die Basis für die Entwicklungs- und Bildungschancen unserer Kinder gelegt. Tatsächliche Chancengleichheit ist zudem ein wichtiger Teil sozialer Gerechtigkeit. Wir setzen uns deshalb für eine Bildungspolitik ein, bei der alle Kinder unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern ihre Lebenstüchtigkeit und ihre Fertigkeiten ausbilden können. Die Sicherung kostenfreier Kinderbetreuung und Bildung ist eine unserer zentralen Forderungen.

Zudem wollen wir den Ausbau von kostenfreien Ganztagschulen vorantreiben, um unser Bildungssystem mit pädagogisch hochwertigen Angeboten auszustatten. Der Fokus muss auf Bildung, Bewegung und Ernährung und sehr viel weniger auf die schlichte Betreuung gerichtet sein. Auch außerschulische Angebote sollen dabei stärker zum Tragen kommen.

Wir FREIE WÄHLER fordern daher den konsequenten Ausbau dieses Angebotes.

Wir FREIE WÄHLER wollen für Sie umsetzen:

- Frühkindliche Bildung stärken, gleiche Chancen für alle Kinder
- Aufbau einer qualitativ hochwertigen Förderinfrastruktur ab der Kita zur nachhaltigen Verbesserung der Bildungschancen
- Kostenlose KiTa-Plätze
- Ausbau der kostenfreien Ganztagschulen

3. Maßnahmen gegen Vollzugsdefizit

3.1. Personelle und materielle Stärkung der Polizei

Wir FREIE WÄHLER sehen Sicherheit und Freiheit als Grundbedürfnisse aller Menschen an - und damit als erklärtes Ziel des staatlichen Handelns. Um dies ermöglichen zu können braucht es gut ausgestattete Sicherheitskräfte. Sie garantieren dem Staat und seinen Bürgern Schutz. Für diesen Einsatz wollen wir unseren Sicherheitskräften eine ausreichende Personalausstattung, leistungsbezogene Bezahlung, gute Aufstiegsmöglichkeiten, ausreichend Freizeit zwischen den Einsätzen sowie eine optimale Sachmittelausrüstung auf dem neuesten Stand der Technik

gewährleisten. Menschen, die sich zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in unserem Land in ihrem Beruf selbst besonderen Gefährdungen aussetzen, wie Polizisten, Feuerwehrleute oder Rettungskräfte, verdienen zudem unseren besonderen Schutz. Dafür müssen gegebenenfalls Strafvorschriften verschärft werden und die Betroffenen vor Gericht mehr Unterstützung finden. Die Personaldecke der Polizei im Saarland ist zu dünn. Die Landesregierung hat zu lange bei der Polizei gespart. Dieses Personalproblem bei der saarländischen Polizei wird sich in den nächsten Jahren auch noch durch eine enorme „Pensionswelle“ und zusätzlichen Einsätzen in anderen Bundesländern um weitere 18.300 weiter vergrößert, als Beispiele seien hier für 2020 die Münchner Sicherheitskonferenz im Februar, eine "Versammlungslage" der Partei Die Rechte in Ingelheim im August sowie Protestaktionen anlässlich des Ausbaus der A49 in Hessen im Oktober und November) genannt. Daran hat sich in 2021 kaum etwas geändert, zumal die Kontrolle der Corona-Regeln sowie Versammlungen mit Corona-Bezug die Lage noch verschärft haben.

Der Berg der Überstunden bei der saarländischen Polizei betrug zum 31. Dezember 2020 stolze 240.900 Stunden. Auch der Krankenstand bei der Polizei ist im Vergleich zu anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aufgrund der Aufgabenstellungen hoch. Die Belastung ist auch aufgrund der Polizeireform in 2018 gestiegen. Waren 2017 noch knapp 3.360 Bediensteten der Polizei im Einsatz, ist dieser Anzahl bis Mitte 2020 auf 3.100 zusammengeschumpft.

Polizisten müssen besser geschützt werden und körperlichen wie auch verbale Angriffen gegenüber den diensthabenden Polizisten im Einsatz müssen konsequent geahndet werden.

Das wollen wir für Sie erreichen:

- Keine Übertragung von polizeilichen Aufgaben auf private Sicherheitsfirmen.
- zusätzliche Polizeistellen in Saarland!
- eine leistungsbezogene Bezahlung und gute Aufstiegsmöglichkeiten!
- ausreichend Freizeit zwischen den Einsätzen und Abbau der Überstundenkonten!
- eine bessere Ausrüstung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten; hier sehen wir erheblichen Nachholbedarf!
- härtere Strafen bei Gewalt gegen Amtsträger, insbesondere Polizisten.
- Die auch länderübergreifende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf allen Ebenen zu verbessern und zu intensivieren.

3.2. Personelle und materielle Stärkung der Justiz

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, dass der Rechts- und Justizstandort Saarland gestärkt wird. Wir erachten das Vertrauen der Bürger in die Unabhängigkeit der Justiz als eines der wichtigsten Güter in unserem Rechtsstaat. Sie gilt es unbedingt zu erhalten. Dies kann aber nur gelingen, wenn die verfehlte Sparpolitik beendet und der Justiz im Saarland wieder ein höherer Stellenwert eingeräumt wird.

Nach wie vor sehen wir die Funktionsfähigkeit der saarländischen Justiz durch Personalknappheit gefährdet. Trotz gegensteuernder Maßnahmen seitens der Landesregierung ist die erforderliche Personalausstattung zur Erfüllung der Aufgaben nicht ausreichend gegeben.

Die Justiz sieht sich auch mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte in den kommenden Jahren mit einer erheblichen Mehrbelastung konfrontiert.

Eine starke Justiz ist zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung notwendig. Die Justiz muss besser ausgestattet werden, um den Anspruch des Bürgers auf effektiven Zugang zum Recht einlösen zu können.

Wir FREIE WÄHLER fordern daher:

- personalbedarfsgerechte Schaffung zusätzlicher Stellen für Richter und Staatsanwälte!
- eine leistungsbezogene Bezahlung und gute Aufstiegsmöglichkeiten!
- eine bessere Ausrüstung der Justizangestellten; hier sehen wir erheblichen Nachholbedarf!
- keine Einmischung in Richterbesetzungsfragen durch die Landesregierung!
- stärkere Beachtung der Gewaltenteilung – die Justiz ist keine „nachgeordnete Behörde“!

4. Flüchtlinge und Asylbewerber

Mit Aufnahme der historisch hohen Zahl an Flüchtlingen und Asylbewerbern in den Jahren nach 2015 haben wir gleichzeitig eine große Verantwortung für diese Menschen aber insbesondere auch für die dauerhafte Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft übernommen.

Nicht zuletzt aus eigenem Interesse muss es unserer Gesellschaft gelingen, die auf Dauer aufgenommenen Menschen bestmöglich zu integrieren. Dies bedeutet aus Sicht der FREIEN WÄHLER jedoch keinesfalls die Aufgabe von eigenen Werten und Normen oder der eigenen Kultur. Nicht zuletzt ist es diesen doch zu verdanken, dass unser Land für viele Menschen auf der Welt so attraktiv geworden ist!

Darüber hinaus birgt die Stigmatisierung aller Muslime nicht nur die Gefahr des Scheiterns aller Integrationsbemühungen, es fördert vielmehr massiv die Terrorgefahr im eigenen Land. Der Kampf gegen islamistischen Terror ist nur mit den Muslimen zu gewinnen. Neben gut funktionierenden und vernetzten Sicherheitsorganen ist eine vernünftige Integrationspolitik die wirksamste Präventivmaßnahme zur Wahrung von Sicherheit.

Damit Integration gelingen kann, muss man Ängste der eigenen Bürger ernst nehmen, Lösungsansätze entwickeln und offen kommunizieren sowie sozialen Unfrieden verhindern.

Deshalb fordern wir FREIEN WÄHLER:

- Ganzheitlicher Integrationsansatz als vorbeugende Maßnahme vor Ghettoisierung und Terrorgefahr
- keine Vollverschleierung von muslimischen Frauen
als Zeichen der gesellschaftlichen Gleichberechtigung von Frauen in unserem Land
- flächendeckendes Angebot von islamischem Religionsunterricht in unseren Schulen zur unverfälschten Aufklärung gegen verfehlte Hassbotschaften der Dschihadisten: Hierzu sind ausschließlich Lehrer einzusetzen, welche an europäischen Hochschulen ausgebildet wurden und europäische Staatsbürger sind. Der Unterricht hat in deutscher Sprache zu erfolgen.
- Intensive Förderung von Projekten gegen Extremismus, egal welcher Ideologie (Rechts-, Links- oder religiös motiviert)

Darüber hinaus fordern wir FREIE WÄHLER als Maßnahmen gegen den sozialen Unfrieden

- Residenzpflicht für Asylbewerber
Zur Unterbringung von zugewiesenen Flüchtlingen und Asylbewerbern wurden im Rahmen des dringenden Sofortbedarfs durch die Kommunen Wohnraum, z.T. über den Zeitraum von 10-Jahren, angemietet (Flüchtlingswohnraumprogramm) bzw. Investitionen in eigenen Wohnraum getätigt. Wird es den Bedürftigen völlig freigestellt, wo sie sich aufhalten können, wird damit nicht nur die mit dem Zuweisungsschlüssel beabsichtigte Vermeidung von Ghettobildungen ad absurdum geführt, sondern birgt zusätzlich die Gefahr, dass bereits

langfristig angemieteter Wohnraum dauerhaft leer stehen bleibt und damit die Unterbringung doppelt finanziert werden muss.

- Schaffung von neuem Wohnraum
Bereits vor der Aufnahme der Flüchtlinge gab es eine angespannte Lage im Wohnungsmarkt und hier insbesondere im Bereich der Sozialwohnungen. Das hat sich bis heute leider nicht wesentlich verbessert. Nicht nur die unzureichende Anzahl an erforderlichen Sozialwohnungen war zu beanstanden, sondern darüber hinaus deren z.T. schlechter Zustand. Durch entsprechende Flüchtlingswohnraumprogramme wurden Wohnräume eigens zur Unterbringung von Flüchtlingen saniert/kernsaniert bzw. neu geschaffen. Trotz dieses unumstritten notwendigen Erfordernisses ist es durchaus nachvollziehbar, dass sich einheimische Bedürftige in schlechter Wohnsituation durch diese Praxis benachteiligt fühlen. Dieses Ungleichgewicht muss durch entsprechende Investitionen in den sozialen Wohnungsbau ausgeglichen werden. Es besteht durchaus auch die Möglichkeit, neu geschaffenen, bzw. sanierten Wohnraum an einheimische Bedürftige zu vergeben und den freigewordenen Wohnraum für bedürftige Flüchtlingen zu nutzen.
- Vorrangig Sachleistungen vor Geldleistungen für Asylbewerber
...auch als präventive Maßnahme vor Missbrauch.

5. Förderung der ländlichen Strukturen

Für uns gilt der Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen. Der Erhalt und die Förderung der ländlichen Strukturen sind gerade vor dem Hintergrund der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes zum Lebens- und Wirtschaftsstandort von elementarer Bedeutung.

Insbesondere unsere ländlichen Regionen werden nicht zuletzt durch den demografischen Wandel vor große Herausforderungen gestellt: Jüngere, gut ausgebildete Menschen wandern in die Ballungsräume ab. Zurück bleiben die älteren Bevölkerungsgruppen. Für periphere ländliche Gebiete wird es zunehmend schwieriger, die Versorgung mit Kindergärten, Schulen, Einkaufsstätten, Kultureinrichtungen oder Arztpraxen aufrechtzuerhalten.

Wir FREIE WÄHLER bekennen uns klar zum Erhalt der Einrichtungen im ländlichen Raum. Ziel muss es sein, den ländlichen Raum im Saarland zukunftsfähig, lebenswert und attraktiv zu gestalten und Fachkräfte auf die Vorzüge hinsichtlich Arbeitsplätze, Kultur, Gastronomie und Landschaft aufmerksam zu machen.

Der GAP-Beitrag zu den Zielen der EU für die Entwicklung des ländlichen Raums wird über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) geleistet. Der Haushalt für den ELER für 2021–2027 beläuft sich auf 95,5 Mrd. Euro, darunter ein Zuschuss von 8,1 Mrd. Euro aus dem Aufbauinstrument Next Generation EU, mit dem die Folgen der COVID-19-Pandemie ausgeglichen werden sollen.

Die Regeln für die Finanzhilfen für die Entwicklung des ländlichen Raums im Zeitraum 2021–2022 sind in der am 23. Dezember 2020 verabschiedeten Übergangsverordnung festgelegt. Mit dieser werden vor allem die bestehenden Vorschriften, die ursprünglich auf den Zeitraum 2014–2020 begrenzt waren, verlängert. Einige zusätzliche Elemente sollen einen reibungslosen Übergang zur neuen GAP gewährleisten, die ab 2023 gelten wird.

Hier gilt es, für das Saarland alle Chancen für die Entwicklung des ländlichen Raumes bestmöglich zu nutzen.

5.1. Chancengleichheit schaffen

Ländliche Gebiete und Städte müssen sich gleichermaßen entwickeln können, denn eine positive wirtschaftliche Entwicklung in der Region entlastet auch die boomenden Städte. Dadurch steigt die Lebensqualität in allen Regionen und damit auch die Gesamtattraktivität des Saarlandes.

5.2. Erhalt wohnortnaher Schulen und Kindergärten

Für Familien ist die Verfügbarkeit von Schulen und Kitas eine wichtige Voraussetzung, um ihre Zukunft im ländlichen Raum zu planen. Wir wollen deshalb sicherstellen, dass diese Einrichtungen flächendeckend verfügbar bleiben.

5.3. Verbesserte Anbindung an den ÖPNV

Durch den Ausbau von Home-Office und Telearbeit, Nutzung von Videokonferenzen und ähnliche Veränderungen im Berufsleben, wird der Personenverkehr entlastet. Gleichzeitig werden die Strecken zwischen Wohnung und Arbeitsplatz länger. Auch wenn erste Anstrengungen erkennbar sind, den ÖPNV im ländlichen Raum zu erhalten, sind diese bei Weitem nicht ausreichend. Notwendiger Ausbau und bedarfsgerechter Erhalt müssen schneller und deutlich umfassender vorgenommen werden. Dabei müssen Mobilitätssektoren verknüpft und die Attraktivität des ÖPNV gesteigert werden.

Wir FREIE WÄHLER wollen ein 365-€-Ticket für das gesamte Saarland umsetzen: Mit einem Euro pro Tag durch das ganze Land. Bei einem gut ausgebauten Liniennetz und einem auf die Bedürfnisse der Nutzer abgestimmten Takt wäre die Attraktivität des ÖPNV damit erheblich verbessert.

5.4. Digitalisierung voranbringen

Neben den wirtschaftlichen Aspekten ist die Digitalisierung als Chance für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für Barrierefreiheit zu betrachten und mit Blick auf die notwendige Mobilitätswende gerade im ländlichen Raum zu forcieren.

Ein viel zu geringer Anteil der Haushalte des ländlichen Raums verfügt über schnelles Internet, wobei die Anbindung von Unternehmen ans schnelle Internet oft noch schlechter ist als die von Privathaushalten. Es ist längst überfällig, dass der schnelle Zugang zum Internet im Saarland flächendeckend bereitgestellt wird. Dies ist für Firmen, für qualifizierte Arbeitsplätze und auch für viele Privathaushalte unverzichtbar.

Mit dem Ausbau der Digitalen Infrastruktur werden die ländlichen Regionen auch attraktiv für wohnortkonforme Ansiedlungen von kleinen und mittleren Gewerbetrieben/Unternehmen. Hierdurch entstehen vor Ort wertvolle Arbeitsplätze und verbessern damit die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir FREIE WÄHLER sehen deshalb den Zugang zum schnellen Internet und ein öffentliches WLAN-Netz als Pflichtaufgabe des Staates im Bereich der Daseinsvorsorge an. Wir wollen das Leben mit Hilfe der Digitalisierung einfacher gestalten. Dazu braucht es Datenautobahnen und ein Gigabitnetz, das wir in den nächsten Jahren flächendeckend im Saarland aufbauen wollen. Ein Schwerpunkt muss dabei das Leben im Alter sein. Die Digitalisierung bietet Chancen für ältere Menschen, damit diese möglichst lange in ihrem Umfeld leben können.

So sollen z.B. die kommunalen Verwaltungen bürgernah umgebaut werden. Letztlich sollen alle Behördenvorgänge von zu Hause aus möglich sein. Dies spart Zeit und Ressourcen auf beiden Seiten und schützt das Klima.

5.5. Gesunde Land- und Forstwirtschaft

Eine gesunde Land- und Forstwirtschaft ist eine Grundvoraussetzung eines lebensfähigen, lebens- und liebenswerten ländlichen Raums. Land- und Forstwirtschaft mit all ihren Bereichen stellen, ebenso wie Fischerei, Imkerei und Weinbau, nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sicher. Sie erfüllen außerdem wesentliche wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Aufgaben. Sie sind die tragenden Säulen von regenerativen Energien. Wir müssen soweit wie möglich unabhängig von Lebensmittelimporten sein. Dazu benötigen wir eine moderne und leistungsfähige Landwirtschaft.

Wir wollen die Vielfalt der Landwirtschaft und bestehende Kulturlandschaften erhalten und treten für eine Förderung des ländlichen Raums ein. Außerdem wollen wir familiäre und regionale Strukturen erhalten, stärken und ausbauen. Regionale Spezialitäten, besondere Bewirtschaftungsweisen und eine regionale Verarbeitung sind auch ein Stück gelebte Kultur, die es weiterhin zu fördern gilt.

5.6. Wohnortnahe und flächendeckende medizinische Versorgung

Der Ärztemangel auf dem Land muss gestoppt werden. Wir FREIE WÄHLER wollen eine wohnortnahe und flächendeckende Gesundheitsversorgung im gesamten Saarland. Gerade die Herausforderungen der letzten beiden Jahre haben die Notwendigkeit vor Augen geführt, ländliche Regionen gezielt zu stärken, um ein Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land zu verhindern. Eine Versorgungslücke kann nur in Zusammenarbeit mit freiberuflichen sowie niedergelassenen Haus- und Fachärzten, Apothekern und Therapeuten verhindert werden.

Wir FREIE WÄHLER wollen den Ärztemangel besonders auf dem Land bekämpfen, indem wir die Arbeitsbedingungen vor Ort verbessern. Dies ist besonders für ältere Menschen und Familien unerlässlich und unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

5.7. Selbstbestimmtes Leben – auch im hohen Alter

Ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben muss bis ins hohe Alter möglich bleiben, auch und insbesondere im ländlichen Raum. Jeder Mensch muss selbst entscheiden dürfen, wo er alt werden möchte. Den Lebensabend in den eigenen vier Wänden zu verbringen, ist der Wunsch vieler Menschen und der muss von der Politik respektiert und unterstützt werden. Hierfür werden wir den Ausbau alternativer Wohnformen, wie generationsübergreifendes Wohnen oder Wohngruppen für Menschen mit Demenz, fördern. Zur Unterstützung junger Familien, die fürs Alter, aber auch mit für ihre Eltern vorsorgen, wollen wir uns für eine Bezuschussung bzw. für eine finanzielle Förderung von barrierefreiem Bauen einsetzen. Auch werden wir uns stark machen für den Ausbau von Pflegeangeboten im ländlichen Raum und für mehr Kurzzeit- und Verhinderungspflegeangebote. Zudem muss die Unterstützung pflegender Angehöriger zwingend attraktiver gestaltet werden. Eine deutliche Angleichung ambulanter Pflegeleistungen an die stationären Pflegeleistungen ist hier dringend erforderlich.

6. Funktionierende Verkehrswege und Infrastruktur

Mobilität ist ein Grundbedürfnis unserer modernen Gesellschaft und wesentlicher Bestandteil für unsere Wohlstandssicherung. Gerade durch die zentrale Lage Deutschlands in Europa sind leistungsfähige Transportwege für die Bürger und die Wirtschaft unerlässlich, egal ob auf der Schiene, auf der Straße, zu Wasser oder in der Luft. Eine Fortentwicklung der Grundlagen dieses Transports unter Berücksichtigung von wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten ist daher nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig.

Der chronisch unterfinanzierte Verkehrshaushalt muss besser ausgestattet werden, um die Projekte im Bundesverkehrswegeplan auch tatsächlich realisieren zu können. Unsere Mobilität ist im Wandel.

Klimaschutz und neue Bedarfsentwicklungen für individuelle Mobilität, vor allem in Ballungszentren, erfordern eine nachhaltige Finanzierbarkeit und eine zunehmende Ökologisierung des Verkehrs. Elektromobilität und Wasserstoffmobilität sind die Zukunft; verbrauchsarme Fahrzeuge und klimaneutrale Kraftstoffe werden als Übergangstechnologie für die Verkehrswende zwingend benötigt. Damit der Automobilstandort Deutschland als Leitmarkt und Leitanbieter für alternative Antriebstechniken fortentwickelt werden kann, setzen wir uns auf Bundesebene für eine sinnvolle Weiterentwicklung der bislang teuren und eher ineffizienten Förderpolitik der Bundesregierung ein. Gerade das Saarland als Industriestandort mit Schwerpunkt im Automotive-Bereich ist auf eine schnelle und zukunftsfähige Neuausrichtung zwingend angewiesen.

6.1. Schnelles Breitband als Pflichtaufgabe des Landes!

Der digitale Wandel ist für die heimische Wirtschaft von immens großer Bedeutung. Die Bereitstellung von Breitbandanschlüssen in unterversorgten Gebieten ist durch das Versagen der Marktkräfte im Saarland eine politisch, technisch und wirtschaftlich anspruchsvolle Aufgabe. Auch wenn sich im Saarland bereits einiges getan hat, existiert dennoch eine Reihe unterversorgter Gebiete, welche durch die Anbieter nicht oder nur sehr langsam mit Breitbandnetzen ausgebaut werden. Dies ist weder aus Sicht einer prosperierenden wirtschaftlichen Entwicklung noch bezüglich einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung akzeptabel. Es ist längst überfällig, dass der Zugang zu schnellem Internet im Saarland flächendeckend bereitgestellt wird. Dies ist für Firmen, qualifizierte Arbeitsplätze und auch für viele Privathaushalte unverzichtbar. Wir FREIEN WÄHLER sehen deshalb den Zugang zum Breitband-Internet als Pflichtaufgabe des Staates im Bereich der Daseinsvorsorge an. Trotz den finanziellen Herausforderungen muss mittelfristig allen Bürgern in Saarland ein Internetzugang mit einer Geschwindigkeit von mindestens 500 Mbit/s ohne Drosselung ermöglicht werden.

6.2. Verkehrsinfrastruktur

6.2.1. Rettungsschirm für unsere Straßen und Brücken!

Ob in der Stadt oder auf dem Land, auf Autobahnen, Landstraßen oder Gemeindestraßen - überall das gleiche Bild: Schlaglöcher und notdürftig instandgesetzte Risse. Hinzu kommen verfallende Brücken. Jahrelang wurde der Erhalt unserer Verkehrsinfrastruktur vernachlässigt. Längst überfällige Investitionen wurden verschoben und es wurde von der Substanz gelebt. Das rächt sich jetzt: Viele Straßen und Brücken im Saarland müssen dringend saniert werden – zu sehr hohen Kosten.

Wir FREIEN WÄHLER fordern weiterhin einen Rettungsschirm für unsere Straßen. Denn wenn wir künftigen Generationen eine derart veraltete Infrastruktur hinterlassen, entziehen wir ihnen die Grundlage, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Voraussetzung für eine ökologische und ökonomische Mobilität ist ein intaktes Verkehrswegenetz.

Wir FREIEN WÄHLER fordern deshalb eine Verstetigung der Finanzmittel für den Bestandserhalt und Nachholbedarf bei, Landstraßen, Brücken, Tunnelbauwerken und Radwegen sowie einen effizienteren Einsatz der vorhandenen Mittel. Dazu sollen zweckgebundene Infrastrukturfonds geschaffen werden, wie es bereits im Herbst 2013 auf der Sonder-Verkehrsministerkonferenz vorgeschlagen und beschlossen wurde. Für den Erhalt der Straßen und Brücken muss ein jährlicher Festbetrag vom Land bereitgestellt werden. Die Mittel dafür müssen haushaltsunabhängig auf Bundes- und Landesebene bereitgestellt werden. Dadurch kann die Finanzierung von notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen verstetigt und gesichert werden. Auch ließe sich durch die gesicherte Einnahmequelle das Erhaltungsmanagement langfristig planen. So werden selbst überjährige Finanzierungen möglich.

6.2.2. Abschaffung von Straßen- und Gehweg-Ausbaubeiträgen

Mit sogenannten Gehweg- und Straßenausbaubeitragssatzungen werden Grundstückseigentümer an den Kosten von Sanierungsmaßnahmen beteiligt. Bereits im Koalitionsvertrag hatten die Parteien der derzeitigen Landesregierung vereinbart, die Möglichkeiten zu prüfen, um die Erhebung wiederkehrender Beiträge auszudehnen. Im Zuge des Kommunalpaktes wurde erwartet, dass insbesondere finanzschwache Gemeinden ihre Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen. Ob sie dies bei den Straßenausbaubeiträgen akut oder wiederkehrend umsetzen, ließe den Gemeinden vorerst selbst überlassen. Die bisher freiwillige Möglichkeit der Gemeinden zum Erlass von sogenannten Straßenausbaubeitragssatzungen wurde dann Ende 2019 per Gesetz für alle Kommunen verpflichtend angeordnet. Dass die Anwendung der Satzungen den Kommunen weiterhin freigestellt blieb, ist nach unserer Auffassung auf unsere Volksinitiative „Gemeinsam gegen Straßenausbaubeiträge/StrABS“ in 2019 und dessen medialem Echo vor der Kommunal- und Europawahl zurück zu führen. Über die Genehmigungsverfahren der kommunalen Haushalte werden defizitäre Kommunen jedoch durch die Hintertür über die Anweisung zur Ausschöpfung ihrer Einnahme-Möglichkeiten durch das Landesamt für Verwaltungsangelegenheiten (LAVA) zur Anwendung gezwungen.

Die Möglichkeit zur Erhebung wiederkehrender Beiträge ist nach unserer Auffassung lediglich die Erhöhung der Grundsteuer unter anderem Namen. Diese bedeutet insbesondere im ländlichen Bereich keine Entlastung der Betroffenen, sondern das Gegenteil, da hier die Last auf wenige Schultern verteilt wird. Darüber hinaus ist der notwendige Verwaltungsaufwand für die Kommunen sehr hoch und wird diese finanziell zusätzlich belasten. Das Ergebnis wird sein, dass die Kommunen aus schlichtem Geldmangel weiterhin dringend notwendigen Maßnahmen nicht durchführen können und sich damit der Gesamtzustand des Verkehrswegenetzes weiter verschlechtert.

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist aus Sicht der Freie Wähler Saarland ungerecht und unsozial; sie belastet einseitig nur die Grundstückseigentümer, zum Teil in Existenz-bedrohender Höhe. Das öffentliche Straßennetz in Deutschland kommt nicht nur den Eigentümern von Grundstücken, sondern allen Bürgern zugute. Somit ist deren Herstellung, Erhaltung und Ausbau Aufgabe der Daseinsvorsorge, deren Kosten von bereits erhobenen Steuermitteln (z.B. Mineralöl- und Kfz-Steuer, Maut) zu finanzieren sind.

Deshalb fordern wir:

- die Abschaffung von Gehweg- und Straßenausbaubeiträgen, um die Bürger zu entlasten und Rechtssicherheit und -gleichheit für Bürger und Kommunen herzustellen,
- den dadurch entstehenden finanziellen Verlust der Kommunen durch geeignete Maßnahmen vollumfänglich auszugleichen,
- im Sinne eines Verwaltungsvollzugs darauf hinzuwirken, dass Bescheide aufgrund von Gehweg- oder Straßenausbaubeitragssatzungen bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens nicht mehr erlassen werden und
- seit dem 01.01.2020 erteilte Bescheide aufgrund von Gehweg- oder Straßenausbaubeitragssatzungen im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens aufzuheben und bereits geleistete Zahlungen zurück zu erstatten.

6.2.3. Ausbau der Nordsaarlandstraße

Das Projekt Nordsaarlandstraße wurde bereits in den frühen 1990er Jahren angestoßen und sollte in erster Linie die Gemeinden Wadern, Weiskirchen und Losheim im Landkreis Merzig-Wadern für Unternehmen attraktiver machen, bestehenden Betrieben einen Verkehrsvorteil verschaffen, eine Abwanderung von Arbeitsplätzen vermeiden, einheimische Arbeitskräfte in der Region halten und dem Einwohnerschwind entgegenwirken. Merzig hatte dabei eine Sonderrolle, da die

Hauptverkehrsführung mittig durch die Stadt verläuft. Hier sollte eine neue Umfahrung realisiert werden, um Merzig zu entlasten. Die Realisierung dieser Umfahrung (Teilprojekt L158) kam 2012 ins Stocken. Mehrere Varianten wurden in einer Machbarkeitsstudie untersucht, jedoch konnte keine der untersuchten Varianten umgesetzt werden. Das Projekt wurde ohne Realisierung alternativer Lösungsansätze daraufhin 2014 „zu den Akten“ gelegt.

Im Juli 2021 wurde von Ministerpräsident Hans, Wirtschaftsministerin Rehlinger und Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer eine erneute Absichtserklärung mit dem Namen „Realisierung des Lückenschlusses der Nordsaarlandstraße und Stärkung des Truppenstandortes Merzig“ unterzeichnet. Es bleibt jedoch zu befürchten, dass es sich eher um eine Geste im Zuge der damals bevorstehenden Bundestagswahl gehandelt hatte.

Die Realisierung dieses Teilprojektes würde nicht nur zu einer Neuordnung der Verkehrsströme im Norden des Saarlandes beitragen und zu einer spürbaren Verkehrsentslastung in den Ortsdurchfahrten Losheim, Bachem, Brotdorf und Merzig führen, sondern insbesondere die Attraktivität der nördlichen Regionen fördern und somit auch erheblich zur Förderung dieser ländlichen Regionen beitragen. Alleine für Merzig würde die Realisierung der Nordumfahrung eine Abnahme des Verkehrsaufkommens von mehr als 5.000 Fahrzeugen bedeuten.

Wir FREIE WÄHLER sehen deshalb die Entwicklung und Realisierung alternativer Verkehrskonzepte zur Anbindung des Nordsaarlandes an die A8 in Richtung Luxemburg und zur Entlastung der Ortsdurchfahrten und der damit einhergehenden Reduzierung an Lärm- und Abgasemissionen als längst überfällig und unverzichtbar.

6.2.4. Ausbau B41

Die B41 ist eine der wichtigsten Verbindungen im Nordsaarland und zu Rheinland-Pfalz und weist seit Jahren zweifelsfrei erhebliche Handlungsbedarfe auf. Traurige Rekorde hält diese Streckenführung nicht nur mit unerfüllten Versprechen, sondern ist bedauernswerter Weise auch bei der Unfallstatistik ganz weit vorne. Nicht nur der Teilabschnitt zwischen Neunkirchen und St. Wendel hat eine mit Autobahnen vergleichbare Verkehrsdichte, was den 4-spurigen Ausbau rechtfertigt, auch die Polizei verweist in Bezug auf die hohe Unfalldichte auf den mangelhaften Ausbau der Strecke. Darüber hinaus unterliegen die Ortskerne durch die fehlenden Ortsumgehungen u. a. von Neunkirchen, Wolfersheim und Ottweiler einer massiven Emissionsbelastung hinsichtlich Lärm und Abgasen.

Aber weder die Aufnahme einzelner Teilprojekte im Bundesverkehrswegeplan als vordringliche Maßnahme, noch das Aufstellen von Schildern am Straßenrand mit einer Auflistung der Verletzten und Toten! löst die anstehenden Herausforderungen. Hier besteht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger aber auch im Sinne der Verkehrssicherheit dringender Handlungsbedarf. Dabei gilt es insbesondere auch, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mitzunehmen und deren berechtigten Interessen zu berücksichtigen.

Hinzu kommt, dass Anfang 2021 die geplante Umgehung von Wolfersheim aufgrund des Ergebnisses einer Untersuchung des Bundesrechnungshofes von der Priorisierungsliste genommen wurde. Dieser bemängelt das zu geringe Kosten-Nutzen-Verhältnis. Bei gleichen Kosten gebe es in anderen Regionen weitaus mehr Verkehr. Aus diesem Grund werde die Umgehung im Bundesverkehrswegeplan 2015 nicht mehr als "vordringlicher Bedarf" ausgewiesen. Die saarländische Landesregierung hatte sich dieser Auffassung angeschlossen.

Wir FREIEN WÄHLER werden uns deshalb mit Nachdruck für die Umsetzung der notwendigen Teilprojekte zur Entlastung der Streckenführung und der Ortskerne ein.

6.2.5. Kapazitätsanpassung im saarländischen Autobahnnetz

Die Autobahnen im Saarland sind zum Teil deutlich an Ihren Kapazitätsgrenzen angelangt. Zur Aufrechterhaltung – aber auch um den gestiegenen Mobilitätsanforderungen gerecht zu werden – müssen alle erforderlichen Schritte unternommen werden, die vorhandenen Autobahnen bedarfsgerecht auszubauen. Nur so ist es möglich die heutigen hohen Staukosten auf diesen Strecken zu reduzieren und die wirtschaftliche Entwicklung im Saarland den entsprechenden verkehrstechnischen Erfordernissen zukunftsfähig zu gestalten.

6.3. Wohnen und Wohneigentum

Wir FREIE WÄHLER wollen bezahlbares Wohnen im Saarland sicherstellen. Dazu gehören für uns bezahlbare Mieten, mehr Bauaktivität im Geschosswohnungsbau und eine Erhöhung der Wohneigentumsquote. Das Leben in den eigenen vier Wänden darf kein Privileg darstellen, sondern muss der Mitte der Bevölkerung zugänglich sein. Eine hohe Wohneigentumsquote macht unser Land krisenfest, schafft generationenüberdauernde Werte und erhöht die persönliche Freiheit.

Der angespannte Wohnungsmarkt in den Oberzentren des Landes treibt die Mietpreise nach oben. Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum deckt längst nicht mehr die Nachfrage. Die Antwort auf diese Entwicklung kann keine grenzenlose Nachverdichtung in den Städten sein. Grün- und Erholungsflächen müssen geschützt und die Belastbarkeitsgrenzen der Infrastruktur bedacht werden, damit die Lebensqualität in den Städten langfristig erhalten bleibt. Verbunden mit der Forderung nach gleichen Lebensverhältnissen in Stadt und Land muss beim Wohnungsmarkt großräumig gedacht und das Umland der Oberzentren stärker einbezogen werden.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- die Verstärkung der öffentlichen Wohnungsbauförderung in den Mittel- und Oberzentren
- die Stärkung des geförderten Wohnungsbaus auch im Umland der Oberzentren, um einen gesunden Wohnraum-Mix in den Regionen zu erreichen
- das Mitdenken und Fördern neuer Wohnformen, z.B. Mehrgenerationen-WGs und Lebensphasen-Konzepte, und den Wechsel von verschiedenen Wohnformen
- die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren auf allen Ebenen; die Genehmigungsbürokratie muss eingedämmt und die Digitalisierung z. B. durch die digitale Bauakte genutzt werden
- die Schaffung einer leistungsfähigen Infrastruktur in Stadt und Land, um den Druck auf die Zentren zu reduzieren und das Umland attraktiv zu halten
- einen attraktiven ländlichen Raum; dazu braucht es leistungsfähige Kitas, Grundschulen, medizinische und kulturelle Einrichtungen
- die Start-Up Förderung auch außerhalb von Städten, um bisher wirtschaftlich schwache Landesteile gezielt als Wohn- und Arbeitsstandort zu fördern
- die Erhöhung der Eigentumsquote zur Entlastung des Mietmarktes; dies führt zu einer Steigerung der individuellen Freiheit und zur generationenübergreifenden Stabilisierung der Gesellschaft
- eine Senkung der Grunderwerbskosten für Wohneigentum; dazu muss die Grunderwerbssteuer gesenkt werden (hierfür müssen bestehende Fehlanreize im Länderfinanzausgleich durch eine Bundesratsinitiative beseitigt werden)
- eine Wiederbelebung der Erbpachtgrundstücke, um auch Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen den Weg ins Wohneigentum zu ebnen
- die Zulassung von modernen Formen des Wohneigentums in Bebauungsplänen (z.B. Tiny Houses)

- eine Modernisierung und Vereinfachung des Baurechts
- die Förderung von kommunalen Siedlungsgesellschaften

7. Mobilität verbessern

Wir stehen für eine Weiterentwicklung der Mobilität und sehen die Chance in der Vielfalt der Möglichkeiten. Politischen Handlungsbedarf sehen wir im Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und des Fahrradverkehrs. Treibhausgasemissionen sowie die Nachhaltigkeit von Herstellung, Transport und Nutzung der Kraftstoffe sollten die einzigen Maßstäbe für die politische Lenkung sein.

7.1. Öffentlicher Personenverkehr

Ein funktionsfähiger Personennah- und Fernverkehr ist für die Attraktivität unseres Landes als Lebens- und Wirtschaftsstandort unverzichtbar. Der Mobilitätsbedarf hat sich in den vergangenen Jahren deutlich gewandelt; das eigene Auto als Statussymbol tritt bei der jungen Generation zunehmend zugunsten einer funktionierenden und kostengünstigen Bedarfsdeckung in den Hintergrund. Ein ineinandergreifendes, intelligentes, bedarfsgerechtes und bezahlbares Verkehrskonzept ist somit ein unverzichtbarer Beitrag zur Lösung vieler anstehender Herausforderungen:

- Förderung und Stärkung der ländlichen Strukturen durch bedarfsgerechte Verkehrsanbindung
- unverzichtbare Voraussetzung für attraktiven Tourismus
- Reduzierung von schädlichen Abgas- und Lärmemissionen
- Innerörtliche Verkehrsentslastung
- Schaffung seniorengerechter Mobilitätsangebote
- Voraussetzung auf dem Weg zum attraktiven Wirtschaftsstandort Saarland

7.1.1. ÖPNV

Einer Zuwanderung und Verdichtung in den Ballungsräumen steht eine Abwanderung in vielen ländlichen Räumen gegenüber. Ein Treiber der unerwünschten Entleerung ländlicher Räume ist der Abbau von Infrastruktur und Dienstleistungsangeboten in der Region. Eine der essentiellen Voraussetzungen für attraktive Wohn- und Wirtschaftsstandorte ist die Erreichbarkeit auch für Personen, die nicht am Individualverkehr teilnehmen wollen oder können.

Auch wenn in den letzten Jahren erkennbare Anstrengungen zur Verbesserung des Angebotes unternommen wurden, bleiben die Ergebnisse hinter den Erwartungen und Bedürfnissen zurück.

Wir Freien Wähler wollen deshalb den ÖPNV im Saarland weiter verbessern:

- Wabenstruktur abschaffen,
- ausreichend finanzieren,
- Angebot verbessern,
- bedarfsgerecht abstimmen,
- mit einem 365-€-Ticket für den Nutzer finanziell attraktiv,
- flankiert mit bedarfsgerechtem Ausbau von Radwegen.

Der ÖPNV der Zukunft ist hochflexibel, vernetzt Bus, Bahn und Car-Sharing-Angebote mit privaten Verkehrsmitteln wie Auto und Fahrrad und erschließt das Land bedarfsgerecht, einfach, bequem und preiswert. Er nimmt eine Schlüsselfunktion ein auf dem Weg zur Verkehrswende, bei der Gestaltung des demographischen Wandels und nicht zuletzt bei der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes ein.

7.1.2. Schienenfernverkehr

Mit der Privatisierung der Deutschen Bahn 1994 sollte das Angebot im Schienenverkehr deutlich verbessert werden und mehr Menschen auf die Schiene gebracht werden. Inzwischen muss nüchtern festgestellt werden: das Gegenteil ist der Fall.

7.2. Antriebe der Zukunft

E-Fuels, Biokraftstoff, Gas, Wasserstoff, leitungsgebundene oder batteriebetriebene Elektromobilität können wichtige Bausteine für den klimafreundlichen Umbau des Verkehrssektors sein, vorausgesetzt der Treibstoff wird nachhaltig erzeugt. Aufgabe der Politik ist die Förderung der Forschung und Entwicklung in allen Technologien sowie die Schaffung eines Preisbestandteils, der technologieoffen, transparent und verlässlich den wahren Treibhausgaseneffekt bepreist. Für die Luftfahrt bedeutet diese kein Verbot. Jedoch ist die Branche gezwungen, ihre Antriebstechnologien klimafreundlich weiterzuentwickeln, damit sie bezahlbare Dienstleistungen anbieten kann. Verlässliche politische Rahmenbedingungen, die eine Bepreisung der CO₂-Äquivalente über einen Zertifikate-Handel langfristig festschreiben, schaffen die Voraussetzung dafür, dass die Branche in die Entwicklung und den Umstieg investiert. Wir sehen eine Chance im Ausbau der Elektromobilität. Diese kann über Leitungen, etwa bei Straßenbahnen, Seilbahnen oder Oberleitungsbussen, erfolgen. Meist wird sie wegen geringerer Infrastrukturanforderungen batteriebetrieben eintreten. Deswegen setzen wir uns für die weitere Forschung zur Entwicklung sowie Etablierung neuer, nachhaltigerer Speicher ein. Ein Recycling der Batterien muss aufgebaut und sichere Techniken für Rettungskräfte entwickelt werden. Eine emissionsfreie Mobilität steigert vor allem in Städten die Lebensqualität. Elektro-, Wasserstoff- und Erdgasbusse im öffentlichen Nahverkehr leisten einen wichtigen Beitrag. In dem Aufbau der notwendigen Infrastruktur zum Laden und Betanken der Fahrzeuge mit alternativen Kraftstoffen sehen wir eine effektive Förderung der jeweiligen Technologie.

7.3. Verlagerung des Güterverkehrs

Wir wollen Anreize schaffen, um den Güterverkehr auf klimafreundlichere Verkehrswege wie Schienen- und Wasserstraßen zu verlegen. Die Trassen für den Güterverkehr müssen ausgebaut und dabei aus den Wohnbereichen herausgeholt werden. Vor allem Gefahrguttransporte sollten nicht inmitten von Wohnbebauungen rollen. Deutschland bremst durch Nichtstun trotz vertraglicher Zusicherung den europäischen Gütertransport zwischen Genua und Rotterdam aus und belastet die Anwohner der bestehenden Strecken im Übermaß. Wir treten für umfassende Investitionen in Güterverkehrsstraßen ein.

7.4. Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken

Mit der Neubelebung stillgelegter Eisenbahnstrecken könnten viele Menschen im Saarland wieder ans Schienennetz angebunden werden. Darüber hinaus hilft sie dem Klima und stärkt strukturschwache Räume.

Laut der „Reaktivierungsliste“, die der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen gemeinsam mit der Allianz pro Schiene im Juli 2020 vorstellte, sind im Saarland sieben Strecken mit insgesamt 86 km Bahnstrecke zur Reaktivierung ausgewiesen. Fünf Strecken mit insgesamt 56 km wären mit geringem Aufwand zügig zu realisieren, von denen drei Strecken mit 23 km in die höchste Kategorie der Dringlichkeit eingestuft sind.

Wir FREIE WÄHLER wollen die Reaktivierung dieser Strecken schnellstmöglich umsetzen um damit unterversorgte Regionen zu erschließen, ein besseres Grundangebot herzustellen und den Verkehr durch Verlagerung auf die Schiene zu entlasten.

7.5. Kein generelles Tempolimit auf Autobahnen

Wir sind gegen die Forderungen, ein generelles Tempolimit auf Autobahnen einzuführen. Geschwindigkeitsbegrenzungen sollten ausschließlich der Sicherheit oder dem Anwohnerschutz dienen. Für den Klimaschutz halten wir andere Lenkungsmaßnahmen wie die CO₂-Bepreisung für angemessener.

7.6. Luft- und Lärmbelastungen

Eine gute Infrastrukturpolitik muss auch die Akzeptanz der Bürger berücksichtigen. Gesundheitsschädlicher und für das Wohlbefinden nicht zumutbarer Lärm und Luftverschmutzungen im Umfeld von Flughäfen, Straßen und Schienen sind Angelegenheiten der Allgemeinheit und müssen im Sinne der betroffenen Bürger reduziert werden. Feinstaub- und Stickoxidbelastungen sollten durch die Hersteller der Fahrzeuge weiterhin vermieden werden. Als eigenständiger Tatbestand neben den Treibhausgasemissionen sollte auch dieser Aspekt Berücksichtigung finden. Fahrverbote müssen durch Innovationen vermieden werden. Dennoch sollen Kommunen weiterhin die Möglichkeit haben, durch eigene Ge- und Verbote die Luft- und Lärmbelastungen zu regulieren. Die Überprüfung der Einhaltung von aktuell schon bestehenden Regulierungen muss immer Vorrang vor der Schaffung schärferer Gesetze haben. Unverhältnismäßige Eingriffe wie Fahrverbote für Motorräder sollten nicht erfolgen. Nicht die kollektive Bestrafung ganzer Nutzergruppen, sondern die Einhaltung der angemessenen Regeln muss der Maßstab staatlichen Handelns sein. Die Verfolgung von Verstößen muss von staatlicher Seite zum Schutz der Anwohner gewährleistet werden. Der Personen- und Güterverkehr auf der Schiene ist zu fördern. Doch dies darf nicht zulasten der Anwohner gehen. Die Vermeidung von Lärm- und Feinstaubbelastungen durch den Schienenverkehr muss auf die politische Agenda gesetzt werden. Eine Weiterentwicklung des Schienenverkehrs darf sich nicht auf die Steigerung der Nutzung konzentrieren. Der Schutz der Anwohner an bestehenden Strecken muss durch Investitionen in Schienen und Züge stets beachtet werden. Der Güterverkehr sollte grundsätzlich nicht durch Wohngebiete geleitet werden. Der Bau von Alternativtrassen muss mit der Steigerung des Güterverkehrs einhergehen. Das Saarland darf nicht zum Nadelöhr des europäischen Güterverkehrs werden. Bereits heute hinkt Deutschland seinen europäischen Verpflichtungen beim Ausbau hinterher. Dies ist nicht nur unsolidarisch, sondern schadet auch den eigenen Bürgern sowie der heimischen Wirtschaft.

7.7. Privatisierung unserer Verkehrsinfrastruktur stoppen

Die Infrastruktur muss verlässlich sein. Daher gehört die Bereitstellung von Infrastruktur zur Daseinsvorsorge und damit zu den Staatsaufgaben. Die Verkehrsinfrastruktur sollte steuerfinanziert sein. Denn Wirtschaftlichkeit alleine sollte nicht maßgeblich für die Entscheidung über Infrastrukturausbau und -erhalt sein. Übergeordnete Ziele, wie die Gleichheit der Lebensbedingungen sowie ökologische und volkswirtschaftliche Aspekte, müssen ausschlaggebend sein. Um die Klimaziele im Verkehrssektor zu erreichen, muss der öffentliche Personennahverkehr günstig und verlässlich funktionieren. Die Anbindung ländlicher Regionen an den Schienenverkehr darf nicht an fehlenden Investitionen scheitern.

7.8. Trennen der Infrastruktur und des Betriebs des Schienenverkehrs

Ein funktionsfähiger Wettbewerb erfordert die Unabhängigkeit des Infrastrukturbetreibers. Daher sollte die Trennung der Transportunternehmen von den Infrastrukturbetreibern der DB-Gruppe weiter vorangetrieben werden. Aktuell werden z.B. Zuschüsse des Bundes in die Schieneninfrastruktur pauschal an die DB Netz AG vergeben. Die Erfolgskontrolle erfolgt dabei anhand von vertraglich vereinbarten Qualitätskennzahlen. Diese bilden den qualitativen Zustand der Schieneninfrastruktur jedoch nur unzureichend ab. Damit besteht die Gefahr, dass Finanzierungsmittel durch die DB Netz AG

nicht nach den Kriterien eines nachhaltigen und wirtschaftlichen Infrastrukturerhalts eingesetzt werden. Wir fordern deshalb die strikte Trennung des Schienennetzes vom Bahnbetrieb. Wie bei den Straßen soll der Bund auch für das Schienennetz zuständig sein. Somit wäre auch das Vorhalten einer guten Schienenstruktur der Daseinsvorsorge zuzurechnen.

Gerade wir im Saarland mussten in den letzten Jahren eine stetige Abkopplung vom Fernverkehr hinnehmen. Die Anbindung des Saarlandes an die Metropolregionen Rhein-Main, Rhein-Neckar und Rhein-Ruhr sind äußerst schlecht. Neben dem Fernverkehr Paris-Mannheim-Frankfurt existiert nur noch je ein einzelner Zug nach Frankfurt, Stuttgart, Heidelberg, Leipzig und Graz. Die wichtige Saarstrecke mit den Städten Völklingen, Saarlouis, Dillingen, Merzig in Richtung Köln ist ganz vom Fernverkehr abgeschnitten, ganz zu schweigen von der Nahetalbahn oder der ehemals wichtigen Verbindung über Zweibrücken/Landau in den süddeutschen Raum.

Verbindungen in die Metropolregion Rhein-Ruhr und weiter in den Benelux-Raum sind nur mit Regionalzügen bzw. dem Fernbus oder mit einem beträchtlichen Umweg über die Schnellfahrstrecke Köln-Rhein/Main möglich. Dies muss sich im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger schnellstmöglich ändern.

Wir brauchen zwingend eine verbesserte und dauerhafte Anbindung an den bundesweiten und auch internationalen Fernverkehr, verbunden mit kluger tariflicher Kopplung und intelligenter Abstimmung an den Nahverkehr. Hierfür setzen sich die FREIEN WÄHLER ein.

8. Modernes Gesundheitswesen

8.1. Ärztemangel stoppen – wohnortnahe Gesundheitsversorgung erhalten

Die jüngste Vergangenheit hat uns die Fragilität unseres Gesundheitssystems eindrucksvoll vor Augen geführt. Nicht nur die Abhängigkeit von Lieferketten aus China bei medizinischen Produkten und Medikamenten, sondern auch die zahlreichen personellen, infrastrukturellen und systemischen Mängel stellen uns aktuell vor große Herausforderungen. Nicht die Wirtschaftlichkeit darf der Maßstab sein, sondern ein funktionsfähiges und belastbares Gesundheitssystem zum Wohl der Patienten.

Wir FREIE WÄHLER sehen die Gesundheitsversorgung als elementaren Teil der im Artikel 20 des Grundgesetzes verfassungsrechtlich verankerten Daseinsvorsorge und deshalb die öffentliche Hand in der Pflicht, die medizinische Versorgung der Bevölkerung sicher zu stellen. Hier geht es nach unserer Überzeugung um gemeinwohlorientierte Dienste, die von der öffentlichen Verwaltung selbst oder in ihrem Auftrag durch Dritte nicht-wettbewerblich zu erbringen sind. Als Gesellschaft muss es uns gelingen, eine solide und verlässliche Finanzierung unseres Gesundheitssystems sicherzustellen. Wir FREIE WÄHLER wollen eine wohnortnahe und flächendeckende medizinische Versorgung auf hohem Niveau im ganzen Saarland erhalten, bei der das Wohl der Patienten im Mittelpunkt steht.

Aber auch für die Beschäftigten im Gesundheitssystem muss dringend etwas getan werden, sie alle verdienen unsere höchste Wertschätzung und tiefe Anerkennung. Hier bedarf es dringend einer umfassenden Attraktivitätsoffensive um die Arbeitsbedingungen deutlich zu verbessern und die Rückkehr zu deren Freude am Beruf wieder zu ermöglichen. Hierzu gehört nicht zuletzt eine angemessene Bezahlung. Auch die Einführung eines verpflichtenden sozialen Jahres mit angemessener Vergütung, welches wir FREIE WÄHLER bereits seit Jahren fordern, könnte in der Situation unterstützend und zumindest teilweise zur Entlastung der Beschäftigten beitragen.

Besonders dem Ärztemangel auf dem Land muss entschieden entgegengetreten werden. Ländliche Regionen müssen gezielt gestärkt werden, damit kein Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land entsteht. Eine Versorgungslücke kann nur in Zusammenarbeit mit freiberuflichen sowie niedergelassenen Haus- und Fachärzten, Apothekern und Therapeuten verhindert werden. Wir

FREIEN WÄHLER wollen den Ärztemangel besonders auf dem Land bekämpfen, indem wir die Arbeitsbedingungen der Ärztinnen und Ärzte vor Ort verbessern. Durch eine solide und verlässliche Finanzierung wollen wir den Erhalt und Ausbau kommunaler Krankenhäuser als elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge in erreichbarer, wohnortnaher Entfernung sichern und die Vielfalt der Versorgung bewahren. Wirtschaftlichkeit alleine darf nicht zur Schließung von Krankenhäusern führen.

Wir FREIEN WÄHLER fordern zudem eine angemessene Finanzierung und unbürokratische Zulassung von Notärzten. Das Land braucht eine flächendeckende und funktionierende Notarztversorgung. Weiße Flecken auf der Landkarte gefährden das Leben unserer Bürger! Die Bevölkerung muss darauf vertrauen können, dass ein Notarzt immer dann zur Stelle ist, wenn er gebraucht wird. Umgekehrt muss sich der Notarzt auf seine Honorierung verlassen können.

Um den sich abzeichnenden Ärztemangel, insbesondere in ländlichen Regionen, entgegen zu wirken, müssen wir engagierte junge Menschen für den Arztberuf interessieren und ausbilden. Alleine die Anwerbung von Ärzten aus dem Ausland kann nicht die Lösung des Problems sein. Das Arzt-Patienten-Verhältnis beruht primär auf dem tiefen Vertrauen in die Person und deren fachlichen Fähigkeiten als Arzt; wenn bereits mangelhafte Sprachkenntnisse eine unmissverständliche Kommunikation behindern, wird diese notwendige Vertrauensbasis nicht aufgebaut werden können.

Es muss gelingen, die Bewerberauswahl derart durchzuführen, dass gerade diejenigen einen Studienplatz erhalten, die sich auch tatsächlich später als Arzt niederlassen möchten und nicht in die Forschung oder zur Pharmaindustrie gehen wollen. Das bedeutet, dass Kriterien wie eine abgeschlossene Berufsausbildung, beispielsweise als Krankenschwester oder Rettungssanitäter, stärker ins Gewicht fallen müssen. Wenn die Anzahl der Studienabsolventen steigt, die auch tatsächlich Arzt werden wollen, nimmt auch die Chance zu, dass sie sich im ländlichen Raum niederlassen. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, muss neben der Schaffung weiterer Studienplätze für Medizin auch über den Ausbau finanzieller Anreize für die Niederlassung von Ärzten auf dem Land nachgedacht werden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Medizinische Versorgungszentren gefördert und auch in kommunaler Hand geführt werden.

Ebenso wollen wir den Berufsstand der Hebammen besser fördern und uns dafür einsetzen, dass Modellprojekte wie Geburtshäuser, Hebammenzentren und hebammengeleitete Kreißsäle gefördert werden. Für eine ambulante, wohnortnahe Hebammenversorgung sind zudem entsprechende gesetzliche Vorgaben und in strukturschwachen Regionen auch finanzielle Förderungen erforderlich.

Im Bereich der Pflege gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Nach unserer Überzeugung soll jeder die Möglichkeit haben, möglichst lange selbstbestimmt im eigenen Haushalt zu leben. Dafür braucht es ausreichend ambulante Dienste und Hilfen. Für alle, die nicht mehr zu Hause bleiben können oder möchten brauchen wir ein Netz aus kleinen und heimatnahen Pflegeeinrichtungen.

Das wollen wir für Sie erreichen

- Anerkennung und Wertschätzung aller Beschäftigten im Gesundheitswesen und deren ordentliche Bezahlung
- der Patient im Mittelpunkt, nicht der Profit
- medizinische Grundversorgung für alle Bürger
- keine weiteren Schließungen von Krankenhäusern
- Förderung medizinischer Versorgungszentren
- Förderung von Modellprojekten wie Geburtshäuser, Hebammenzentren und hebammengeleitete Kreißsäle
- wohnortnahe ambulante Hebammenbetreuung

- Impfungen auf freiwilliger Basis
- „ambulant vor stationär“ im Pflegebereich
- Aufbau eines Netzes von kleinen und heimatnahen Pflegeeinrichtungen

8.2. Reduzierung/Entlastung von Bürokratie im Gesundheitswesen

Laut einem Gutachten im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums tragen folgende Gründe zum Ärztemangel bei: die enorme Arbeitsüberlastung, geringe Aufstiegschancen, mangelnde Anerkennung, Unvereinbarkeit von Familie und Beruf, eine überbordende Bürokratie und eine völlig unzureichende Bezahlung.

Seit den 90er Jahren hat sich die Anzahl von Ärzten unter 35 Jahren von damals einem Drittel auf 16,4 % reduziert. Das stellt einen dramatischen Einbruch. Zusätzlich verschärft sich die Lage in der kurativen Medizin dadurch, dass die Verwaltungsarbeit lukrativer ist als das Heilen von Menschen. So gibt es Beispiele von Ärzten, die ihren Arztkittel an den Nagel gehängt haben und damit auf einen Schlag ihr Gehalt verdoppelt und obendrein die Arbeitszeit halbiert haben, indem sie in das Controlling der Klinik gewechselt sind. Parallel kann aus Finanzdruck in den Kliniken beobachtet werden, wie mit Streichung von Urlaubsgeld, Kürzung des Weihnachtsgeldes und Verlängerung der Arbeitszeit sich die Lage weiter verschlechtert.

Auch niedergelassene Ärzte leiden unter zum Teil unzumutbaren Arbeitszeiten und sind auch durch Forderungen wie der Abschaffung der doppelten Facharztschiene stark verunsichert hinsichtlich ihrer beruflichen Zukunft. Eine gravierende Ursache für die negativen Arbeitsbedingungen der niedergelassenen Haus- und Fachärzte sind vor allem die gesetzlichen Ausgabenbudgets. Bei unbegrenztem Leistungsversprechen der Politik wurde den Ärzten ein strikt begrenzter Finanzrahmen vorgegeben, der ihnen ohne Rücksicht auf Leistungsbedarf und Morbiditätsentwicklung die finanzielle Haftung für die Einhaltung der Budgetgrenzen aufbürdet. Zusätzlich wurden die Ärzte einer Vielzahl von Reglementierungen unterworfen, die Bürokratie und Verwaltungsaufwand vervielfachen und die knappe Zeit rauben. Die Papierflut im Praxisalltag wird als unerträglich empfunden. Weil das Gesundheitswesen zunehmend als Experimentierfeld für Versorgungskonzepte missbraucht wird fehlt es den Ärzten auch an einer langfristig verlässlichen Perspektive.

Wir Freie Wähler setzen uns ein, dass

- die bürokratische Überfrachtung ärztlicher Berufsausübung reduziert werden und
- die Rahmenbedingungen für eine Berufsausübung in eigener Praxis so gestaltet werden, dass die Niederlassung für den ärztlichen Nachwuchs wieder erstrebenswert wird.

8.3. Suchtprävention und -behandlung

Wir sehen Sucht nicht als Laster, sondern als Krankheit an. Dies bedingt, dass wir einerseits die Suchtprävention intensivieren wollen, andererseits Süchtige als Kranke betrachten, die Hilfe brauchen, und nicht als Leute, die sich nicht im Griff haben, oder als Kriminelle. Dies gilt sowohl für stoffliche als auch für nicht stoffliche Süchte. In unserem Menschenbild ist ein offener, verantwortungsvoller Umgang mit Drogen möglich und besser als ein heimlicher, verantwortungsloser Umgang mit möglicherweise gepanschten Drogen.

Suchtprävention

Die Möglichkeiten der Suchtprävention müssen stärker genutzt werden. Dazu gehört eine wertneutrale Aufklärung ohne „erhobenen Zeigefinger“ sowohl in Schulen als auch in der Erwachsenenbildung. Dies verzahnt sich mit den Hilfsangeboten, die bekannt sein müssen. Bei legalen Stoffen, die erwiesenermaßen abhängig machen können, wie Alkohol, Tabak und Medikamenten, sind

entsprechende Warnhinweise auf der Packung anzubringen. Die Werbung für solche Produkte ist zu unterlassen. Zudem soll es künftig eine Sperrdatei bei diesen Stoffen ähnlich wie bei Glücksspielen geben. Der Kauf von Alkohol und Tabak wäre dann nur in Verbindung mit einem Ausweisdokument möglich. Allein das würde schon lenkend auf problematischen Konsum wirken, ohne Freiheiten einzuschränken. Ein weiterer Schritt ist, ebenfalls ähnlich wie bei Glücksspielen, die Lizenzierung von Geschäften, die solche Stoffe verkaufen dürfen. Jeder Supermarkt und jede Tankstelle sollten in der Lage sein, eine Lizenz zu erwerben. Es geht nicht um eine Einschränkung der Geschäfte, sondern darum, sicherzustellen, dass die vorhandenen Regeln wie Jugendschutz und die angesprochene Überprüfung der Ausweisdokumente konsequent eingehalten werden. Ist dies nicht der Fall, kann die Lizenz wieder entzogen werden.

Entkriminalisierung von Drogenkonsum

Bei einer Drogensucht handelt es sich per Definition um ein nicht kontrollierbares Verhalten, daher bringen auch Strafen zur Abschreckung wenig. Eine Mischung aus Aufklärung, Suchtprävention und Hilfsangeboten ist nicht nur wirkungsvoller, sondern entlastet auch die Staatskasse von Verfahrens- und Vollzugskosten. Auch werden Menschen nur dann bereit sein, von sich aus über ihr Problem zu sprechen und Hilfe anzunehmen, wenn sie nicht fürchten müssen, dafür bestraft zu werden. Der Konsum von Drogen muss entkriminalisiert werden. Auf die Herstellung und den Handel von Drogen trifft dies natürlich nicht zu. Diese sollen weiterhin hart verfolgt werden.

Hilfsangebote

Hilfsangebote müssen erweitert werden. Neben niederschweligen Angeboten wie der anonymen Telefonberatung oder der anonymen persönlichen Beratung hat Portugal gute Erfahrungen mit der Möglichkeit gemacht, Drogen anonym analysieren zu lassen. Auf diese Weise erhält man einen Überblick über die im Umlauf befindlichen Substanzen und kann so sogar gezielte Warnungen abgeben. Mit entsprechender Ernsthaftigkeit durchgeführt kann dies Drogentote verhindern. Ausgabestellen für Schwerstabhängige müssen flächendeckend als Kassenleistung verfügbar sein. Wo möglich, soll mit Ersatzstoffen gearbeitet werden. Wo diese nicht helfen, muss der Originalstoff zum Einsatz kommen. Dies verhindert Beschaffungskriminalität und entzieht Drogendealern ihre Finanzierungsgrundlage. Dies erleichtert wiederum die Entkriminalisierung von Drogen und die Arbeit der Polizei.

Legalisierung von Drogen

Die Einteilung in weiche und harte Drogen ist veraltet. Daher stehen wir der Legalisierung weiterer Drogen, wie z.B. Cannabis, offen gegenüber, sofern es aus wissenschaftlicher Sicht vertretbar ist und die obigen Verbesserungen bei der Suchtprävention und -behandlung sowie weitere Zusatzmaßnahmen erfolgt sind. Solche Zusatzmaßnahmen umfassen die Abgabe in speziell zugelassenen Geschäften, wie oben beschrieben, nur gegen Identitäts- und ggf. Sachkundenachweis, gewissermaßen einen Drogenführerschein, den man bei Missbrauch wieder verlieren kann, z.B. wenn man Drogen an Minderjährige abgibt.

9. Verlässliche Energiepolitik für Saarland – Energiewende gestalten

Die Energiewende und der wachsende europäische Energiehandel stellen die deutschen Strom- und Gasnetze vor große Herausforderungen. Die Sicherheit der leitungsgebundenen Versorgung mit Elektrizität und Gas ist hierbei das zentrale Ziel. Dazu müssen Strom- und Gasnetze in der Lage sein, ihre Transportaufgaben zu erfüllen. Weiterhin notwendig sind ausreichende Erzeugungskapazitäten zur Deckung des prognostizierten Energiekonsums. Ausschlaggebend sind belastbare Netzstabilitäts-Regelungsmechanismen, die auch dann die Versorgungssicherheit gewährleisten, wenn sich Einspeisungen in und Entnahmen aus dem Netz nicht die Waage halten. Zudem müssen die Netze

hinreichend gegen Eingriffe Dritter abgesichert sein. Eine angemessene Dezentralisierung der Energiegewinnung dient ebenfalls der Versorgungssicherheit. Nicht zu vergessen: das Energiesparen ist eine der effektivsten Methoden an der Lösung des Energieproblems. Es mindert den Ressourcenverbrauch und verhindert Energieverschwendung.

Energieversorgung und Klimaschutz sind zentrale Zukunftsaufgaben für unsere Gesellschaft. Wir FREIE WÄHLER fordern, insbesondere die Forschung und Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien und ihrer Speicherung ambitioniert zu unterstützen. Wir treten für einen effizienten und umweltschonenden Ausbau der erneuerbaren Energien ein. Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe sollen in der Wirtschaft die fossilen Energien ersetzen. Wir FREIE WÄHLER wollen Bürger und Kommunen dabei einbinden, damit die Energieerzeugung ein lokaler Wirtschaftsfaktor wird. Planung und Umsetzung der Energiewende dürfen nicht über die Köpfe der Bürger hinweg erfolgen. Wir FREIE WÄHLER erachten eine Dezentralisierung der Energiegewinnung für wichtig. Sie vermeidet Leistungsverluste, schafft regionale Arbeitsplätze und bietet Kommunen eine Chance, durch regionale Energieversorger an der Wertschöpfung teilzuhaben. Dennoch sollen Windkraft- und Photovoltaikanlagen an geeigneten Standorten konzentriert werden, um ein weiteres Zerreißen gewohnter Landschaftsbilder zu vermeiden.

Wir FREIE WÄHLER treten für effiziente Maßnahmen zur Energieeinsparung, die Stärkung von Bürgergenossenschaftsmodellen in der Energieerzeugung und flexible Programme zur energetischen Gebäudesanierung ein. Die verbrauchsnahe Erzeugung soll durch einen sinnvollen Energiemix gestaltet werden. In diesem Zusammenhang gewinnt die Wasserstofftechnologie, die über viele Jahre sträflich vernachlässigt wurde, besondere Bedeutung. Im Gegensatz dazu darf Fracking, die extrem umweltschädliche und in ihren Auswirkungen nicht einzuschätzende Methode der Förderung von Erdgas, anders als z.B. in den USA bei uns keinen Raum erhalten.

9.1. Ausbau der dezentralen Energiegewinnung!

Das Jahrhundertprojekt Energiewende wird nur mit einer verlässlichen und durchdachten Energiepolitik gelingen. Energieversorgung und Klimaschutz sind zentrale Zukunftsaufgaben für unsere Gesellschaft. Eine regionale, effiziente und für alle bezahlbare Versorgung durch erneuerbare Energien sowie nachhaltige Klimaschutzmaßnahmen sind uns ein besonderes Anliegen. Wir FREIE WÄHLER fordern, insbesondere die Forschung und Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien ambitioniert zu unterstützen. Wir treten daher für einen effizienten und umweltschonenden Ausbau der erneuerbaren Energien ein, bei dem insbesondere die gesundheitliche Unversehrtheit der Bürgerinnen und Bürger oberste Priorität hat. Wir FREIE WÄHLER wollen Bürger und Kommunen dabei einbinden, damit die Energieerzeugung ein lokaler Wirtschaftsfaktor wird. Je mehr regenerative Energie im Saarland dezentral erzeugt wird, desto niedriger ist der Bedarf an neuen Höchstspannungsleitungen. Auch die Kommunen sollen in diese Debatte umfassend mit einbezogen werden. Die Planung und Umsetzung der Energiewende dürfen nicht über die Köpfe der Bürger hinweg erfolgen!

Wir FREIE WÄHLER erachten eine Dezentralisierung der Energiegewinnung für wichtig. Sie vermeidet Leistungsverluste, schafft regionale Arbeitsplätze und bietet Kommunen eine Chance, durch regionale Stadtwerke an der Wertschöpfung teilzuhaben. Dennoch sollen Windkraft- und Photovoltaikanlagen an geeigneten Standorten konzentriert werden, um ein weiteres Zerreißen gewohnter Landschaftsbilder zu vermeiden.

Das wollen wir für Sie erreichen:

- Gesundheitsschutz der Bürgerinnen und Bürger hat die höchste Priorität!

- Abstand Windkraftanlagen nach der seit 2014 in Bayern geltenden sogenannten „10-H-Abstandregelung“ (Der Abstand von neu gebauten Windkraftanlagen zu Wohnhäusern muss das Zehnfache der Gesamthöhe der Windkraftanlage betragen)!
- Keine Windkraftanlagen in Naturschutz- oder Waldgebieten!
- Der Abstand von Windkraftanlagen zu Vogel- oder Naturschutzgebieten muss ebenfalls der 10-H-Abstandregelung entsprechen!
- Auch der Abstand von Industrieanlagen zur oberirdischen Rohstoffgewinnung (wie Steinbrüche) zu Naturschutzgebieten muss mindestens 800 Meter betragen!

Wir FREIEN WÄHLER treten für effiziente Maßnahmen zur Energieeinsparung, die Stärkung von Bürgergenossenschaftsmodellen in der Energieerzeugung und flexible Programme zur energetischen Gebäudesanierung ein. Die verbrauchsnahe Erzeugung soll durch einen sinnvollen Energiemix gestaltet werden.

9.2. Ausbau und Förderung von Energie-Speicher-Technologien!

Viele erneuerbare Energien wie z. B. Windkraft und Solarenergie können nicht kontinuierlich in gleichem Ausmaß gewonnen werden. Die Speicherung von Energie ist deshalb eine bedeutende Herausforderung im Zusammenhang mit der Energiewende sowie der Versorgungssicherheit. Die Speicherung erneuerbarer Energien ist erforderlich für den Fluktuationsausgleich und die Netzstabilität. Die Lösung liegt in der Energiespeicherung. So kann auch zu Zeiten mit einem geringen Angebot an Energie aus regenerativen Quellen (z. B. Windflaute) die Nachfrage gedeckt werden. Die Förderung der technologischen Entwicklung (z. B. Speichermedien, Nutzung der Geothermie) und des Ausbaus der Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien sowie der Power-to-Gas-Technologie müssen vorangetrieben werden. Denn nur, wer von Energieimporten und damit von steigenden Preisen unabhängig ist, kann sich der regionalen Versorgungssicherheit und Preisstabilität sicher sein. Die Infrastruktur und die Standorte für solche Vorhaben müssen zeitnah geplant und transparent ausgewiesen sowie genehmigt werden.

9.3. Elektromobilität voranbringen!

Elektrofahrzeuge sind gerade in städtischen Regionen eine hervorragende Alternative zu herkömmlichen PKW und LKW um Treibhausgas- und Feinstaubemissionen einzusparen. Die gesetzten Klimaschutzziele können jedoch nur erreicht werden, wenn regenerativ erzeugte Energie auch dazu verwendet wird, Elektromobilität zu ermöglichen. Um das Ziel der Bundesregierung, innerhalb der nächsten zehn Jahre Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität zu entwickeln, erreichen zu können, bedarf es aber noch erheblicher Anstrengungen zur Einführung und Förderung der Elektromobilität im Saarland. Wir FREIE WÄHLER fordern:

- den Ausbau des Tankstellennetzes für Elektrofahrzeuge nach einem Stufenplan (1. Stadt/Gemeinden, 2. Umgebung, 3. Land oder Weistrecken).
- Der Ausbau des Tankstellennetzes muss möglichst zeitgleich von unten, also von den Kommunen heraus begonnen werden. Dies kann auf öffentlichen Parkplätzen, in Parkhäusern und an Car-Sharing-Plätzen erfolgen.
- einheitliche „Stecker“-Normen und Ladesysteme für die "Betankung" der Elektrofahrzeuge und die Beseitigung von Rechtsunsicherheiten im Straßenverkehr bei Betrieb von Elektrofahrzeugen.
- Schilder für E-Tankstellen sind einzurichten und/oder mit den bisherigen Tankschildern zu vereinheitlichen.
- die Förderung von Forschung und Entwicklung in diese Fahrzeuge und die erforderliche Batterietechnologie zu intensivieren.

10. Unsere Heimat Saarland

10.1. Kultur und Brauchtum aktiv fördern!

Die kulturelle Vielfalt ist ein Markenzeichen vom Saarland. Wir FREIE WÄHLER wollen Kunst und Kultur aktiv pflegen und fördern. Damit sollen Tradition und Brauchtum bewahrt und die geistigen Werte des Landes auch für nachfolgende Generationen gesichert werden. Dazu gehören für uns der Erhalt und die Pflege von Baudenkmälern sowie die Förderung von Museen und Galerien, Theater und Kino. Orchester und Musikvereine sind für uns genauso wichtig wie Bibliotheken und Archive.

Auch im kulturellen Leben kommt für uns den Kommunen eine tragende Rolle zu: Dort spielt sich das kulturelle Leben ab. Wir FREIEN WÄHLER wollen deshalb Fördermittel möglichst dezentral und gerecht verteilen, damit sie allen zugutekommen. Gleichwertige Lebensbedingungen bedeutet für uns auch, das kulturelle Angebot im ländlichen Raum zu stärken. Nur so kann die kulturelle Vielfalt als Markenzeichen unseres Heimatlandes in den einzelnen Regionen erhalten und gestärkt werden.

10.2. Anerkennung ehrenamtlichen Engagement

Im Saarland gibt es eine Vielzahl von Menschen, die in ihrer Freizeit ein Ehrenamt ausüben und dabei Enormes leisten. Oft werden von ehrenamtlich Tätigen wichtige Aufgaben erfüllt, welche eigentlich der Staat durch Beschäftigung von hauptberuflichem Personal erfüllen und damit auch bezahlen müsste. Der ehrenamtlich Tätige hingegen bekommt in der Regel nichts für sein Engagement.

Das Ehrenamt ist ein unverzichtbares soziales Bindeglied der Gesellschaft und muss entsprechende Anerkennung und auch Förderung erfahren. Hierzu ist es notwendig, auch finanzielle Anreize zu schaffen, ohne dabei die Vereine oder ehrenamtliche Institutionen finanziell zusätzlich zu belasten.

Der vielseitige Einsatz, den Tausende von Bürgerinnen und Bürgern tagtäglich im Saarland erbringen, ist Voraussetzung für ein solidarisches, soziales und verantwortungsbewusstes Miteinander. Daher setzen wir FREIE WÄHLER uns für eine stärkere Würdigung ehrenamtlich Engagements und den Abbau von bürokratischen Hürden ein.

Das wollen wir für Sie erreichen:

- Mehr Anerkennung und Anreize für das Ehrenamt als tragende Säule unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.
- Rentenpunkte bei herausragendem Engagement
- Vereine von überzogener Bürokratie befreien, Haftungsrisiken reduzieren
- Freistellungsmöglichkeiten für ehrenamtliche Rettungskräfte ausweiten
- Ehrenamtskarte attraktiver gestalten
- Ehrenamtskoordinatoren flächendeckend finanzieren
- Vereine und Jugendarbeit stärker unterstützen
- Anlaufstellen für Vereine in den Kommunen einführen. Sie sollen bei allen bürokratischen Fragen kostenfrei zur Seite stehen.
- Erleichterungen für Vereine bei der Datenschutzgrundverordnung

10.3. Schöpfung bewahren und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen!

Eine gesunde Umwelt ist kein Selbstzweck, sondern sichert und verbessert nachhaltig das Zusammenspiel zwischen Natur-, Lebens- und Wirtschaftsräumen für die Menschen heute und für künftige Generationen. Wir FREIEN WÄHLER wollen die Schöpfung bewahren und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Wir sind uns unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen bewusst. Umweltpolitik beginnt im Bewusstsein der Bürger vor Ort und muss bis in die internationale Politik hinein verfolgt werden. Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- die Bewahrung unserer heimischen Natur- und Kulturräume durch ihre nachhaltige Weiterentwicklung.
- den grundsätzlichen Verzicht auf genveränderte Lebens-, Saat-, und Futtermittel.
- eine frühzeitige Einbindung von Bürgern und Kommunen bei der Planung von Großprojekten und der Ausweisung großflächiger Schutzgebiete.
- eine intelligente Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Flächeninanspruchnahme für Verkehrs- und Siedlungsentwicklung.

10.4. Kein „Fracking“ im Saarland!

Fracking ist ein Verfahren, mit dem sich Erdgas, Erdöl oder Kohleflözgas aus undurchlässigem Gestein lösen lassen. Dazu wird mittels Bohrungen und hohem Druck ein Gemisch aus Wasser, Quarzsand oder Keramik Kügelchen und Chemikalien in die gas- oder ölführenden Gesteinsschichten gepresst. Der Flüssigkeitsmix, dessen Druck und die hohe Temperatur in der Erde sorgen dafür, dass das Gestein durchlässig wird. Was auf den ersten Blick wie eine einfache Möglichkeit zur Förderung von Brennstoffen aussieht, hat eine dunkle Kehrseite: Der eingesetzte Chemikalienmix ist teilweise hochgiftig. Seine Zusammensetzung unterliegt keiner Veröffentlichungspflicht. Gutachter sind bei der Beurteilung der eingesetzten Stoffe auf freiwillige Auskünfte von Herstellern angewiesen.

Wird zudem der an der Bohrstelle zurückgewonnene Chemikalienmix (Flowback) in behördlich zugelassenen Versenkbohrungen in bis zu 700 Metern Tiefe gepresst, können durch das Fracking auch grundwasserführende Schichten durchstoßen werden. Das kann zu einer Vergiftung des Trinkwassers führen, wenn der giftige Chemikalienmix durch Risse unkontrolliert in die grundwasserführenden Schichten eindringt.

Wir FREIEN WÄHLER sagen: Fracking beinhaltet unkalkulierbare Risiken für Mensch und Natur und darf deswegen in Saarland nicht zur Anwendung kommen! Es gibt genügend Alternativen zum Fracking, wie die Gewinnung von „Windgas“ und „Solargas“ mittels „Power-to-Gas“-Verfahren sowie die Gewinnung von künstlich erzeugten Kraftstoffen mittels „Power-to-Liquid“-Technik.

Wir FREIEN WÄHLER fordern:

- ein Echtes und ausnahmsloses Frackingverbot!
- eine systematische Förderung und den systematischen Aufbau eines sicheren, dezentralen Systems zur Versorgung mit Energie durch einen intelligenten Energiemix.
- eine konsequente Erforschung von umweltfreundlichen Techniken zur Gewinnung von „Windgas“ und „Solargas“ mittels „Power-to-Gas“-Verfahren sowie von künstlich erzeugten Kraftstoffen mittels „Power-to-Liquid“-Technik im Saarland.

10.5. Keine Privatisierung unseres Trinkwassers!

Bei einer Privatisierung der Wasserversorgung wittern internationale Konzerne das große Geschäft. Der Wasserpreis wird erhöht, die Managergehälter steigen, am Leitungsnetz wird gespart, die Wasserqualität sinkt. Dies ist keine Zielvorstellung der FREIEN WÄHLER! Deswegen sagen wir: Die Wasserversorgung gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und muss in kommunaler Verantwortung bleiben – ohne Bevormundung durch die Europäische Union.

In vielen Ländern, z. B. in Großbritannien, und auch in deutschen Städten wie Berlin und Potsdam hat die Privatisierung der Wasserversorgung zu Verschlechterungen geführt. Die Wasserpreise für Bürger sind gestiegen und große Gewinne der Konzerne stehen neben einer mangelnden Versorgungssicherheit für die Menschen. Doch der Mensch muss im Mittelpunkt der Politik stehen – nicht die Interessen Einzelner auf Kosten der Allgemeinheit.

Deshalb sind wir FREIEN WÄHLER gegen die völlige Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Wasserversorgung, Energie, Gesundheitswesen, Bahn, Verkehrsnetze oder Müllentsorgung. Es hat sich gezeigt, dass nach der Privatisierung dieser Bereiche langfristig die Kosten bzw. Abgaben enorm steigen, während die Qualität sinkt.

10.6. Effiziente Mülltrennungen nach dem „Trierer Modell“!

Wir wollen und brauchen keine Biotonne, die stinkt, Platz vor unseren Häusern beansprucht und ökologisch keinen Vorteil bringt. Stattdessen fordern wir FREIEN WÄHLER, das „Trierer Modell“ einzuführen. Dabei werden Restabfall und Bioabfälle gemeinsam sinnvoll verwertet bzw. zu hochwertigen Ersatzbrennstoffen verarbeitet. Durch eine zusätzliche Sortieranlage könnten z. B. Wertstoffe aber auch die Bioabfälle gezielt aussortiert werden. Dass Letzteres funktioniert, wurde in einem einjährigen Großversuch, der bundesweit Wellen schlug und von dem Bund und dem Land Rheinland-Pfalz finanziell unterstützt wurde, wissenschaftlich nachgewiesen. Dabei hat sich auch erwiesen, dass Maschinen dies zuverlässiger erledigen als der Mensch. Oft ist den Verbrauchern gar nicht klar: Was kommt in den Gelben Sack? Was muss in die Restmülltonne?

10.7. Für eine gesunde Land- und Forstwirtschaft und eine Stärkung des Weinbaus!

Eine gesunde Land- und Forstwirtschaft ist eine Grundvoraussetzung eines lebensfähigen und lebens- und liebenswerten ländlichen Raums, der Heimat bietet. Land- und Forstwirtschaft mit all ihren Bereichen stellen nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sicher, sondern erfüllen außerdem unersetzbare wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Aufgaben. Sie sind die tragenden Säulen der regenerativen Energien. Bis hin zum Tourismus bieten die Land- und Forstwirtschaft auch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Wir FREIEN WÄHLER sprechen uns für ein agrotechnisch anbaufreies Saarland aus, da die Risiken weder ausreichend erforscht noch abschätzbar sind. Wir stehen für Planungssicherheit und somit für eine gesicherte Zukunft der nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft.

Wir FREIEN WÄHLER fordern:

- den Erhalt einer flächendeckenden und bäuerlich strukturierten Landwirtschaft und die
- Stärkung der Familienbetriebe;
- eine Steigerung der Wertschöpfung in der Region durch den Absatz regionaler und nachhaltiger Qualitätsprodukte;
- eine Kooperation mit den Landwirten anstatt überbordender ordnungspolitischer Vorgaben und ausufernde gesetzliche Regelungen im Umwelt- und Naturschutz;
- Vermarktungsstrukturen, um die Bauern innerhalb der Wertschöpfungskette zu stärken;
- die Stärkung der Marktposition der Bauern, z. B. durch freiwillige Bündelung;
- Flexibel einsetzbare Marktordnungselemente, um auf Marktverwerfungen schnell reagieren zu können;
- ein mittelfristig agrotechnikfreies Saarland, Deutschland und Europa zugunsten einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft;
- einen Bürokratieabbau auch in der land- und forstwirtschaftlichen Verwaltung.
- die Anpassung der EU-Biopatentrichtlinie, um Patente auf Tiere und Pflanzen einzuschränken;
- die Förderung von benachteiligten Gebieten mit erschwerten Bewirtschaftungsbedingungen;
- die Stärkung des Weinbaus in Steil- und Hanglagen an der Saar als Garant für die Kulturlandschaft;
- den Erhalt des § 13a Einkommenssteuergesetz zur Erhaltung der kleinbäuerlichen Strukturen;

- die Schaffung weiterer Anreize in der Waldwirtschaft, um die Wälder nachhaltig zu bewirtschaften und vor zerstörerischen Eingriffen zu schützen, in enger Zusammenarbeit mit den Waldbesitzern, Jägern und Förstern vor Ort.

11. Mehr Bürgerbeteiligung, direkte Demokratie stärken

Die Bürger müssen die zentralen Gestalter der Politik werden. Wir FREIEN WÄHLER stehen daher für den massiven Ausbau direkter Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger in der Politik. Politik lebt von dem Engagement und der Gestaltungsbereitschaft der Bürger. Dabei setzen wir uns nachdrücklich für eine freie Diskussionskultur als Basis unserer Demokratie ein. Wir sind nicht nur davon überzeugt, dass mehr direkte Demokratie zu besseren politischen Entscheidungen führen wird und die Politikverdrossenheit im Saarland senken kann, sondern auch dass unsere Bürger entgegen anderslautender Positionen dieser wichtigen Verantwortung durchaus auch gerecht werden.

Das Internet bietet neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und Transparenz sowie bequemerer Abwicklung politischer und administrativer Abläufe. Wir FREIE WÄHLER sehen in „E- Gouvernement“ eine große Chance direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten zu etablieren und Verwaltungsabläufe zwischen Staat und Bürger sowie zwischen Behörden einfacher und nachvollziehbarer zu gestalten. Politische Beteiligung, Information und transparente Verwaltungsabläufe sind Voraussetzungen dafür, dass die Bürger verantwortlich mitgestalten können und die Akzeptanz von politischen Entscheidungen erhöht wird.

Wir wollen, dass so viele Entscheidungen wie nur möglich im Parlament diskutiert und getroffen werden. Wir verstehen die repräsentative Demokratie als Auftrag der Gewählten, die Diskussion im Namen der Wähler zu führen. Je stärker in die Freiheits- und Persönlichkeitsrechte eingegriffen wird, desto wichtiger ist es, die Debatte darüber offen

und transparent im Parlament zu führen. Das Parlament steht im Mittelpunkt des Repräsentationsprinzips unserer Demokratie, also auch im Mittelpunkt der demokratischen Diskussion über zu verabschiedende Gesetze. Daher soll auch die Bürgerbeteiligung hierüber laufen. Es sollen bundesweite Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide ermöglicht werden. Auch Bürgerräte nach dem Prinzip der Zufallsauswahl sollen ermöglicht werden. Wir sind prinzipiell bereit, alle Themen ergebnisoffen mit der Bevölkerung zu erörtern und zu entscheiden. Wir wollen damit ein diskursives, differenziertes, verbindliches Beteiligungs- und Mitbestimmungsmodell umsetzen, das wir für geeignet erachten, die Identifikation mit Staat und Politik zu verbessern sowie im Sinne der Bürger bessere Gesetze zu verwirklichen.

Nicht alles kann und darf Politik regeln. Sie muss die Spielregeln der Bürgergesellschaft schützen. Individuelle Freiheit und Verantwortung für sich selbst und die Mitbürger sind untrennbar miteinander verbunden, denn sie bedingen sich gegenseitig. Eine Übertragung der Verantwortung auf den Staat sollte nur dort erfolgen, wo die notwendige Eigen- und Mitverantwortung das Leistungsvermögen der Menschen übersteigt. Die Privatsphäre muss geachtet und geschützt werden.

Wir wollen einen Online-Bürgerausschuss einrichten. Hier sollen die Bürger die Möglichkeit haben, an Konsultationen zu Gesetzesvorhaben teilzunehmen. Dies ist schon längst auf europäischer Ebene üblich. Auch Interessenverbände nehmen bislang zu Gesetzentwürfen Stellung, wenn diese zur Konsultation gestellt werden. Die Stellungnahmen und ihre Aus- und Bewertungen werden online gestellt. Ein solches Verfahren der transparenten Einbindung aller Interessenvertreter begrüßen wir und wollen alle Bürger dazu einladen, sich ebenfalls einzubringen. Auch auf Landesebene wurde zu einigen Themen, wie z.B. Klimaschutzkonzepten, eine solche Form der Beteiligung von Verbänden und Bürger erprobt. Aktuell entscheiden leider die federführenden Ministerien im Einzelfall, ob sie ein Gesetz zur Konsultation freigeben, wie lange sie die Frist dafür setzen und wen sie zur Konsultation

einladen. Auch die Veröffentlichung der Auswertung wird unterschiedlich gehandhabt. Wir fordern, dass diese Ausnahmen zur Regel werden, die Beteiligung aller möglich ist und die Fristen zur Beteiligung angemessen gesetzt werden.

Online-Bürgerausschüsse sind auch eine optimale Möglichkeit junge Menschen an die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten heranzuführen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass das aktive Wahlrecht bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre gesenkt wird.

Für eine lebendige Demokratie braucht es eine umfassende politische Bildung. Die Bürger müssen über die Hintergründe und die Funktionsweise unseres Staats ebenso Bescheid wissen wie über die zentralen politischen Herausforderungen unseres Landes. Wir wollen deshalb die Rolle der Bundeszentrale für politische Bildung im Saarland deutlich stärken. Wir halten es gleichsam für erforderlich, die politische Bildung in den Lehrplänen an den saarländischen Schulen aufzuwerten und praktischen Unterrichtseinheiten einen höheren Stellenwert einzuräumen.

Wir FREIEN WÄHLER wollen für Sie umsetzen:

- die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheid zu senken.
- die Direktwahl des Ministerpräsidenten vom Saarland.
- Parlamente stärken – verbindliche Bürgerbeteiligung ermöglichen
- Online-Bürgerausschuss und öffentliche Konsultationen
- Grenzen der Politik akzeptieren
- die Einführung flexibler Listen, die es den Wählern ermöglichen, bestimmte Kandidaten durch Vergabe mehrerer Stimmen nach vorne zu wählen (Kumulieren der Stimmen) und auch Kandidaten anderer Listen zu wählen (Panaschieren).
- Wahlalter bei Kommunalwahlen senken
- Politische Bildung stärken
- CETA im Bundesrat zu kippen
- TTIP in der derzeitigen Form nicht unterschreiben!
- Freihandel nur auf niederschwelligem Niveau ermöglichen!
- Verhandlungen dazu nur öffentlich und transparent führen!

12. Digitalisierung – das Saarland wird smart

Wir stehen für die Bereitstellung einer leistungs- und zukunftsfähigen Infrastruktur als Grundvoraussetzung und Impulsgeber einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung. Gerade durch die zentrale Lage Deutschlands in Europa sind leistungsfähige Transportwege für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft unerlässlich, vor allem auf der Schiene, aber auch auf der Straße, zu Wasser oder in der Luft. Der Entwicklung und Etablierung von ergänzenden

Transportinfrastrukturen, wie z.B. dem leitungsgebundenen Warentransport, stehen wir offen gegenüber. Neben gut ausgebauten Verkehrswegen und einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung sehen wir die größte Herausforderung und Chance in einer Digitalisierungsoffensive.

12.1. Kommunikation und Digitalisierung

Neben den wirtschaftlichen Aspekten ist die Digitalisierung als Chance für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für Barrierefreiheit zu betrachten und mit Blick auf die notwendige Mobilitätswende gerade im ländlichen Raum zu forcieren. Wir wollen in „Smart Villages“ mindestens genauso viel investieren wie in „Smart Cities“. Ein Schwerpunkt muss dabei das Leben im Alter sein. Die Digitalisierung bietet Chancen für ältere Menschen, damit diese möglichst lange in ihrem Umfeld leben können.

12.2. Digitalisierte Stadt (Smart City)

Der Begriff „Smart City“ ist weit gefasst. Er umfasst z. B. das elektronische Antragswesen und das Internet der Dinge, wozu etwa das intelligente Steuern des Straßenverkehrs, die Optimierung der Ressourcen des öffentlichen Personennahverkehrs und viele weitere Informationsverarbeitungen und Kommunikationswege gehören. Sinnvolle Anwendungen können das Leben der Menschen erleichtern, Effizienzen heben und zur Emissionsvermeidung beitragen. In vielen europäischen Ländern findet der gesamte Antragsprozess (Ausweis-, Meldewesen etc.) bereits nur noch via Internet statt. Aus unserer Sicht ist es den Kommunen zu ermöglichen, ihren Bürgern diese Werkzeuge an die Hand zu geben. Insbesondere körperlich eingeschränkte Personen würden davon profitieren. Viele deutsche Kommunen arbeiten bereits an der Digitalisierung ihrer Verwaltung. Das Onlinezugangsgesetz verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anzubieten. Von diesem Ziel darf nicht abgewichen werden. Nach den Erfahrungen der Corona-Pandemie muss noch mehr Wert auf eine zeitnahe und umfassende Umsetzung gelegt werden. Der Bund sollte die notwendige Infrastruktur für den sicheren Datenverkehr und die Speicherung der sensiblen Daten der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellen. Bei staatlichen Projekten ist darauf zu achten, dass mindestens die allgemein anerkannten Regeln der Technik hinsichtlich Verschlüsselung und Authentifizierung eingehalten werden. Die nötige Infrastruktur (insbesondere Server) sollte sich innerhalb der EU befinden. Wir fordern die Unterstützung des Bundes für Landkreise und Kommunen bei der Planung, Finanzierung und Ausführung der notwendigen Bauvorhaben. Der Digitalpakt für Schulen muss durch weitere Investitionen vorangetrieben werden. Das Bundesamt für Strahlenschutz hat in der unabhängigen Begleitung der Technologien und des Ausbaus der Energie- und Digitalinfrastruktur eine wichtige Aufgabe wahrzunehmen, um die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten und damit auch die Grundlage für die Akzeptanz der Bevölkerung zu schaffen. Es ist bei Maßnahmen einzubeziehen und personell so auszustatten, dass die Beurteilungen einen Ausbau nicht verzögern.

12.3. Digitalisierte Dörfer (Smart Villages)

Wir beobachten eine zunehmende Trennung zwischen unseren Bürgern im ländlichen Raum und in den Städten.

Junge Menschen treibt es oft in die Städte. Um die gesellschaftliche Kohäsion zu fördern, wollen wir die wachsende Lücke zwischen Stadt und Land schließen. „Smart Villages“ ist eine praktische Lösung, um dies zu bewerkstelligen und Lösungen in den Bereichen Arbeit, Bildung, Krankversorgung, Mobilität und Kultur anzubieten und damit den Trend umzudrehen. Dann sind niedrigere Mietpreise, eine bessere Luft, weniger Kriminalität und schöne Landschaften ein gutes Argument für junge Familien, wieder im ländlichen Raum zu wohnen.

Die Grundversorgung für diese Entwicklung ist eine schnelle und zuverlässige Internetverbindung.

12.4. Digitalisierung der Justiz

Auch die Justiz muss digitaler werden. Der Gesetzgeber hat zwar die Möglichkeit der digitalen Verhandlung gesetzlich eingeführt, hiervon machen die Gerichte aber kaum Gebrauch. Es fehlt an der technischen Ausstattung und dem notwendigen technischen Personal. Hierfür werden wir uns einsetzen.

12.5. Digitalisierung und Breitbandausbau

Wir wollen die Digitalisierung im Saarland durch einen Digitalisierungsfahrplan und ein ambitioniertes Digitalisierungskabinett weiter vorantreiben. Die Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche. Deswegen muss durch Koordination und Absprachen unter den Ministerien die Effizienz verbessert

werden. Wir verfolgen das Ziel der digitalen Verwaltung bis Ende 2022 für Unternehmen und private Haushalte. Die dafür notwendige Vermittlung der Digitalkompetenz für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltungen muss gefördert werden. Deswegen stehen wir hinter der Fortführung des Digitalpaktes. Die digitalen Fähigkeiten müssen allen Schülern vermittelt werden. Jeder Schüler und jede Schülerin muss die Möglichkeit zur digitalen Teilnahme am Unterricht haben. Die Mittel des Digitalpaktes müssen dafür verwendet werden können. Ein Vorwärtkommen der Digitalisierung und des Breitbandausbaus ist ein wichtiger Faktor zur Sicherung unseres Wohlstandes und unseres Wirtschaftsstandortes.

Aktuell liegt das Saarland hinsichtlich der mittleren Bandbreite (> 200 Mbit/s) der Internetanbindungen mit 74,7 % gemeinsam mit Rheinland-Pfalz lediglich auf Platz 10 im Vergleich der Bundesländer¹. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 79,7 %. Damit verfügen wir in dieser Kategorie gemeinsam mit Rheinland-Pfalz über den schlechtesten Ausbaustand im Vergleich der alten Bundesländer.

Für alle digitalen Anwendungen ist eine schnelle und stabile Breitbandanbindung die Mindestvoraussetzung. Es gilt in der Zukunft, in moderne Technologien zur Breitbandanbindung von Haushalten, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen zu investieren. Hier sind aktuell Glasfaserleitungen und 5G als schnellsten Mobilfunkstandard zu betrachten. Der Ausbau des 5G-Standards sollte in allen Regionen, unabhängig von ihrer Bevölkerungsdichte, vorangetrieben werden. Dies soll in Abstimmung mit der Beurteilung des Bundesamtes für Strahlenschutz erfolgen.

12.6. Gigabit-Offensive

Wir wollen den industriellen Mittelstand beim Zugang zu schnellem Internet unterstützen. Bis Ende 2024 wollen wir jedem Unternehmen einen Gigabit-Breitbandanschluss (mindestens 1.000 Mbit/s) ermöglichen. Ein entsprechendes Förderprogramm soll die Unternehmen bei den dafür erforderlichen Investitionen stark entlasten.

12.7. Schnelles Internet für jeden Haushalt

Die Gleichheit der Lebensbedingungen muss sich auch in der Teilhabe am Digitalisierungsprozess widerspiegeln. Spätestens nach dem Umstieg auf Homeoffice während der Corona-Pandemie wurde klar, dass die Unterteilung in Wohn- und Arbeitsorte der Vergangenheit angehören wird. Die verlässliche Internetgeschwindigkeit ist ein wichtiger Standortfaktor. Gerade im ländlichen Raum sind erhebliche Anstrengungen erforderlich. Immer noch bestehende weiße Flecken in der Breitbandversorgung müssen beseitigt werden: zur Förderung der Wirtschaftskraft, für die Erfordernisse einer modernen Landwirtschaft sowie für die Realisierung von Homeoffice-Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Doch gerade der ländliche Raum hinkt beim Ausbau hinterher. Wir wollen durch Förderprogramme und die Förderung der Fachkräfteausbildung den Breitbandausbau beschleunigen. Das mittelfristige Ziel bis 2030 muss ein Glasfaseranschluss in jedem Haus sein. Steuerliche Absetzung der Kosten für Homeoffice in Privathaushalten für Arbeitnehmer, die Homeoffice oder Telearbeit betreiben können, sollten Investitionen in den Anschluss der privaten Wohnung steuerlich absetzbar sein. Denn die Beschäftigten im Saarland haben in der Krise mit ihrer Flexibilität bewiesen, dass die Bereitschaft und die Befähigung zum Arbeiten im Homeoffice und zur Telearbeit die Wirtschaft des Landes am Laufen halten können.

13. Leistungsfähige Verwaltung

Eine starke und effiziente Verwaltung dient nicht nur Ihnen, unseren Bürgern. Sie ist auch ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft. Wir brauchen motivierte, bestens ausgebildete Beamte und Angestellte und gut ausgestattete Behörden. Der öffentliche Dienst muss wieder attraktiv werden. Die

¹ Quelle: BMVI - Aktuelle Breitbandverfügbarkeit in Deutschland (Stand Juni 2021)

Spar- und Kürzungsorgien der Vergangenheit wollen wir beenden. Wir bekennen uns zum Berufsbeamtentum, zum Alimentationsprinzip und den Beamtenpensionen. Gleichzeitig wollen wir Staatsaufgaben kritisch hinterfragen und unnötige Bürokratie abbauen.

Um gute Mitarbeiter für den öffentlichen Dienst in den Landesämtern und Ministerien sowie den staatseigenen Betrieben und Körperschaften öffentlichen Rechts zu gewinnen und Chancengleichheit und Transparenz zu gewährleisten sollen alle Stellen zukünftig öffentlich ausgeschrieben werden.

Das wollen wir für Sie erreichen:

- Attraktivitätsoffensive des öffentlichen Diensts u.a. für IT-Fachkräfte
- Flexible Arbeitszeitgestaltung und Freistellmöglichkeiten auch für ehrenamtliches Engagement der Beamten schaffen
- „Behördensatelliten“ – flexible Büroarbeitsplätze in der Fläche
- Pensionsrücklagen für Beamte nachhaltig schaffen in einem Pensionsfonds
- Keine weitere Privatisierung hoheitlicher Aufgaben
- Größtmögliche Transparenz für den Bürger
- Kooperation mit Rheinland-Pfalz und anderen Bundesländern bei grundsätzlichen Aufgaben der Landesämter und Ministerien.
- Öffentliche Ausschreibung aller öffentlichen Stellen.

Grundsatz: „Eine starke und effiziente Verwaltung dient nicht nur den Bürgern. Sie ist auch ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft.“

Wir sind bereit
die Zukunftsfragen des Saarlandes
gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu beantworten.

Nutzen Sie Ihre Chance
und unterstützen Sie uns am 27. März 2022 mit Ihrer Stimme!

Wählen Sie
FREIE WÄHLER